

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag 11, Telčanska 18 • Tel. Nr.: 20705, 31400, Nachred. (ab 21 Uhr): 33558 • Postkod. 1: 37544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 26 Juli 1933

Nr. 172.

An die Redaktion des „Tag“, an die bürgerliche Presse!

Hier sind Beweise! Die Tscheka Hitlers auf tschechoslowakischem Boden.

Dem „Tag“ ist großes Heil widerfahren. Die Herren Philipp und Müller aus Rumburg, die wir in der Veröffentlichung über die Beziehungen zwischen SA und sudetendeutschen Nationalsozialisten an der Grenze bei Niedereinsiedel beschuldigt hatten, ein Beispiel der Arbeiterpartei verhandelt, bzw. Abgeordnete der SA gemeinsam mit sudetendeutschen Nationalsozialisten beherbergt zu haben, klagten uns nämlich auf „Ehrenbeleidigung“. Das ist bekanntlich sehr leicht und wir haben, um uns Kosten zu ersparen, einem außergerichtlichen Vergleich zugestimmt, der uns zur Abgabe einer

Erklärung

veranlaßt: „Unter Bezugnahme auf den im „Nordböhmischen Volksboten“ vom 20. April 1933 veröffentlichten Artikel unter der Überschrift „An die Redaktion des „Tag“, an die bürgerliche Presse, hier sind die Beweise! Die Tscheka Hitlers auf tschechoslowakischem Boden“, erklären wir, daß die bezüglich Herrn August Philipp, Berufsvormund in Rumburg, und Herrn Alfred Müller, Sekretär in Niedereinsiedel bei Rumburg, aufgestellten Behauptungen in der Rubrik „Beratungen mit der SA“, resp. „Spieldienst für die Hitlerbewegung“, auf unrichtigen Informationen beruht haben. Wir können die genannten Herren einer geschilderten Handlungsweise nicht beschuldigen, weshalb wir jene Ausführungen hiermit widerrufen.

Die Redaktion des „Nordböhmischen Volksboten“.

„Der Tag“ schreibt unter einem vierseitigen, mehrzeiligen Titel, den er außerdem rot gefärbt hat: „Keine Tscheka Hitlers auf tschechoslowakischem Boden!“ Und unwahrheitsgemäß: „Sozialdemokraten stellen vor Gericht fest.“ Und in einem Untertitel wird dreifach behauptet: „Vollständiger Zusammenbruch der denunziatorischen Behauptungen der Sozialdemokraten von Verbindungen der sudetendeutschen Nationalsozialisten mit der SA.“

Was wird aber durch die abgegebene Erklärung bewiesen? Nichts anderes, als daß wir ungeschehene Handlungen der Herren Philipp und Müller nicht beweisen können, die, zum Unterschied von der Gesamtheit ihrer Parteigenossen, Verbindungen mit den Hunnen für ehrenrührig halten. Die Mitteilungen über Philipp und Müller nahmen jedoch in unserem Bericht nur einen untergeordneten Platz ein und hatten auch untergeordnete Bedeutung.

Wir haben vielmehr, vom „Tag“ wiederholt dazu aufgefordert, damals eine Reihe von Namen genannt, deren Träger mit der SA entweder in Verbindung stehen oder in ihr Dienst machen. Wir haben nachgewiesen, daß ein Sudetendeutscher, der früher Angehöriger der Jung-Partei war, in Selnitz Besuche der SA unternimmt. Wir haben in der gleichen Ausgabe berichtet über die Verhaftung eines SA-Manues in Tepitz-Schönan und haben seither wiederholt auf die Spießtätigkeit hingewiesen, die amtliche deutsche Stellen auf tschechoslowakischem Boden leisten: erst vor kurzem nannten wir wiederum den Namen eines sich in Prag aufhaltenden Nazispieß, wie wir auch genaue Angaben über den Aufenthalt des Polizeirates Diehl, des Oberhaltenden der Geheimen Staatspolizei, mitteilten. Und es ist bekannt, daß in den SA-Kasernen an der Grenze Verzeichnisse jener Sudetendeutschen hängen, die drüben mißliebige und brim Ueberschreiten der Grenze sofort zu verhaften sind. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Führer der SA diese Verzeichnisse nicht selbst zusammenstellen, sondern dabei auf die Hilfe ihrer Freunde hinter den Herrensberg-Grenzpfehlern angewiesen waren. Erst am 11. Juni, teilten wir dem „Tag“ mit, daß in Teilschen ein Mann verhaftet wurde, den man als Spigel der Dresdener Polizeidirektion entlarvte. Er trug ein Schriftstück mit, aus dem

hervorging, daß er sich, wenn er Geld benötigte, an die Gliederungen der sudetendeutschen Nazipartei wenden möge. Unsere Anfrage an den „Tag“, woher die Dresdener Polizeidirektion das Recht leitet, ihren Spiegeln solche Ratschläge zu erteilen und wie sie erfahren hat, daß die Gliederungen der Jung-Partei in Not befindlichen Spiegeln beizuspringen, blieb unbeantwortet. „Der Tag“ hat übrigens auch nicht Notiz genommen von der Teilscher Verhaftung und den von uns wiederholt nachgewiesenen Denunziationen sudetendeutscher Sozialdemokraten und Kommunisten an die Hunnen.

All dies, das Unbestreitbare, wiederholt Bewiesene glaubt „Der Tag“ mit vierseitigen Reichertiteln zu decken zu können. Diese Titel beschriften den dürrigsten Erfolg, der in einer so hochpolitischen Angelegenheit jemals erreicht wurde.

Denn die übrigen Angaben unserer Mitteilungen vom 20. April, die das Entscheidende über die Spießtätigkeit der Klinger-Beute auf

tschechoslowakischem Boden enthalten, konnten nicht widerlegt werden, obwohl „Der Tag“ doch gedroht hatte, jede einzelne unrichtige Feststellung zu klagen.

Herr Philipp und Herr Müller sind also zwar in der DNAP organisiert, aber Ehrenmänner. Das haben wir ihnen heute bescheinigt und die Öffentlichkeit wird es glauben. Aber wenn sich „Der Tag“ einbildet, er könne, indem er an den Dingen vorbeiredet und unabweisbare Nebenbühlichkeiten mit redaktionellem Kohl und toisfarbigen Titeln garniert, über die Tatsache hinwegkommen, daß die Jung-Partei ein geistige Anhängsel ihrer hunnischen Bruderbewegung ist und daß diese ihre Spiegel in alle Welt entsendet, so irrt er. Es wurde gespiegelt und wird gespiegelt! Und es gab Spiegel, die Empfehlungen an die sudetendeutsche Nazipartei bei sich trugen. Ob sie nun klüger geworden sind, wissen wir nicht. Wir aber und mit uns die denkende sudetendeutsche Öffentlichkeit sind nicht dumm genug, die Drehs und Ausreden der Nazis nur deshalb zu glauben, weil sie unter Sensationsmitteln erscheinen.

Zuchtwahl im Dritten Reich:

Kastrierung „Erbkranker“ „Freiwillig“, aber auch gegen den Willen des Opfers

Berlin, 25. Juli. Das Conti-Büro meldet: Das heute verkündete Gesetz „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bestimmt, daß Erbkranker durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht, d. h. sterilisiert werden können; diese Sterilisation kann auch an solchen Personen vorgenommen werden, die an schwerem Alkoholismus leiden.

Paragraf 3 des Gesetzes bestimmt, daß derjenige zum Sterilisationsantrag berechtigt ist, der unfruchtbar gemacht werden soll. Bei dieser Bestimmung sei man zunächst davon ausgegangen, daß derjenige, dessen Unfruchtbarmachung zugunsten der Volksgesundheit notwendig sei, in vielen Fällen selbst die nötige Einsicht aufbringen werde, um den Antrag auf Sterilisierung zu stellen.

Ist er, was ja häufig vorkommt, geschäftsunfähig oder wegen Geisteschwäche unmündig oder hat er das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist der gesetzliche Vertreter antragsberechtigt.

Die Entgegennahme des Antrages erfolgt durch das Erbgesundheitsgericht, das zur Durchführung des Gesetzes neu geschaffen wird und aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem beamteten Arzt und einem weiteren für das Deutsche Reich approbierten Arzt besteht, der mit der Erbgesundheitsbehörde „besonders vertraut“ ist. Die Entscheidung über den Antrag ist einem Kollegium vorbehalten, das mit Stimmmehrheit über Annahme oder Ablehnung beschließt.

Im § 9 ist die Möglichkeit einer Beschwerde gegeben, die ausschließliche Wirkung hat. Die Entscheidung über die Beschwerde erfolgt durch eine zweite Instanz, und zwar das

Erbgesundheitsobergericht, dessen Entscheidung endgültig ist.

§ 11 bestimmt, daß die Sterilisationen nur von einem staatlich hierfür besonders zugelassenen Arzt und nur in ausdrücklich dafür bestimmten Krankenanstalten ausgeführt werden darf.

Wichtig ist der § 12, nach dem die Sterilisation auch gegen den Willen des unfruchtbar zu Machenden auszuführen ist. Entsprechende Maßnahmen und eventuelle Eingreifen der Polizeibehörden sind äußersten Falles vorzusehen. Zur Vermeidung von Fehlentscheidungen ist schließlich in dem Gesetz vorgesehen, daß das Erbgesundheitsgericht das Verfahren (vor oder nach der Kastrierung?) wieder aufnehmen kann, wenn sich Umstände ergeben, die eine nochmalige Prüfung des Sachverhaltes erfordern.

Die Aufwendung für das gerichtliche Verfahren trägt die Staatskasse. Krankenkasse und Fürsorgeverband sind mit den Aufwendungen für den ärztlichen Eingriff zu belasten.

Das Gesetz soll am 1. Jänner 1934 in Kraft treten. Zu dem gleichen Termin soll übrigens auch ein Gesetz erlassen werden, das die zwangsweise Entmännung gemeingefährlicher Sexualverbrecher regelt.

Die neueste Provokation:

SA-Wehrkreis Linz.

Wien, 25. Juli. Bei der neuesten Reorganisation der SA und SS-Truppen in Deutschland wurde nach den Meldungen der ausländischen Blätter auch eine territoriale Gliederung durchgeführt. Hierbei wurden nebst den sieben reichsdeutschen Obergruppen, resp. Wehrkreisen, auch eine achte Obergruppe geschaffen, und zwar die Obergruppe Linz, wahrscheinlich als oberste SA-Stelle für ganz Oesterreich.

Diese Meldungen bedürfen, wie die „Reichspost“ schreibt, einer raschen Aufklärung, da die SA-Truppen heute nicht mehr eine Parteidivision, sondern eine staatliche Organisation des Deutschen Reiches sind.

Schwarzgelber Fascismus.

Dollfuß hat, gestützt auf das berühmte „kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“, eine neue Novelle zum Mietengesetz erlassen, das für die Mieter einige Verschlechterungen bringt, und hat damit den Hausherren, die sich ja immer als die radikalsten Marxistenfresser gebärdeten, ein gegebenes Versprechen teilweise eingelöst. Die Regierung hätte gerne energischer zugegriffen, wüßte sie nicht, daß hinter dem Mieterschutz auch tausende ihrer Wähler stehen, für die der Schutz des Heims die fundamentalste Voraussetzung ihrer Existenz darstellt. Zugleich wurden die Erzeugnisse der Tabakregie, die ohnehin vor einigen Monaten eine Preissteigerung erfuhr, verteuert, eine Maßnahme, die wieder nur den Konsumenten trifft, ohne daß sie das Budget nur einigermassen nachhaltig beeinflussen würde. Zu gleicher Zeit hat die Regierung Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Presse getroffen, der Grazer „Arbeiterwille“ darf nicht mehr kolportiert und durch Austräger zugestellt, sondern nur durch die Post versendet werden.

Noch hat sich die Regierung mit ihren Notverordnungen nicht an die Aenderung der Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes herangemacht. Aber die bürgerliche Presse wußte bereits davon zu berichten, daß man sich im Lager der „Patrioten“ mit diesem Plane trägt, daß man den Opfern der Wirtschaftskrise, die immer mehr im Elend versinken, neuerlich den Brotkorb höher hängen will. Das Defizit in der Arbeitslosenfürsorge soll auf Kosten der Erwerbslosen bestritten werden. Erst kürzlich sind empfindliche Verschlechterungen durchgeführt, tausende Arbeitslose zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr angesteuert worden, auch die Notstandsunterstützung wurde für Zehntausende empfindlich verkürzt, in einer Zeit, da die finanzielle Lage der Gemeinden, vor allem der Industriegebiete, infolge der steigenden Ausgaben für soziale Zwecke und der immer geringer werdenden Steuereinnahmen, eine trostlose ist. Durch die seit vielen Monaten betriebene Anstiegspraxis werden die Erwerbslosen zwangsläufig dem Bettel überantwortet. Nun soll die Armee des Elends neuerlich erheblich vermehrt werden, eine gefährliche Maßnahme in dieser Zeit, da gewissenlose Demagogen die Verzweiflung der Massen für ihre dunklen national-„sozialen“ Zwecke nützen. Wieder hat die österreichische Sozialdemokratie angesichts dieser Pläne warnend ihre Stimme erhoben, hat an das Gewissen der Herrschenden appelliert, die Rechte der Arbeitslosen, die um das nackte Leben bangen, unangefastet zu lassen, da jeder weitere Eingriff die Katastrophe herbeiführen könnte. Sie hat daran erinnert, daß nur durch eine großzügige Investitionspolitik dem Uebel abgeholfen werden könne, nur durch die Schaffung von Arbeit produktive Fürsorge geleistet werden könne und nur mit der Hebung der Konsumkraft der Massen dem Gewerbe und Handel, aber auch dem Staat selbst — durch reichlicheren Einfließen der Steuern — geholfen werden könne. Die Regierung hat verschiedene Investitionen versprochen, aber nur einen geringen Teil der vorgesehenen Arbeiten durchführen lassen. Und nun soll durch eine Notverordnung bewirkt werden, daß bei diesen Unternehmungen der sogenannte „freiwillige Arbeitsdienst“ in Aktion tritt. Das Ministerium für soziale Verwaltung soll eine Verfügung erlassen, nach der allen jenen Arbeitslosen, die sich weigern, eine Zuweisung zum freiwilligen Arbeitsdienst anzunehmen, die Unterstützung entzogen werden. Damit würde die „Freiwilligkeit“ dieses Dienstes faktisch aufgehoben werden. Aber in diesem freiwilligen Arbeitsdienst steht noch eine andere eminente Gefahr. Schon jetzt werden die wenigen Arbeiten zu kollektivvertraglichen Löh-

Massenvergiftungen in einer Berliner SA-Kaserne.

Berlin, 24. Juli. In einer SA-Kaserne in Berlin-Charlottenburg sind nach dem Genuß des Mittagmahls am Sonntag etwa hundert Mann unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. 22 SA-Leute sind bereits gestorben; weitere dreißig befinden sich noch in Lebensgefahr. Man vermutet ein Attentat. Die Kaserne wurde durch Polizei besetzt und verriegelt; das gesamte Küchenpersonal wurde verhaftet.

Die Ermittlungen nach dem, bzw. den Tätern haben bisher nichts ergeben; in den Kreisen der SA behauptet sich das Gerücht, daß es sich um einen Aufschlag der SS handelt. Die Polizei lehnt jedoch ab, die Untersuchung in dieser Richtung zu betreiben.

nen, die die Wirtschaftskrise noch zuläßt, namentlich im Baugewerbe, in dem allein 15.000 Arbeiter feiern, im freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt, der zwar trotz aller Propagandareden keines heimatschülerischen Organisations noch immer an chronischer Schwindsucht leidet, aber überall da eingesetzt wird, wo es noch — und es ist nicht viel — Arbeit gibt. Der freiwillige Arbeitsdienst bringt ernste, schwere Gefahren in arbeitsrechtlicher Beziehung mit sich, Gefahren, die die Lebensrechte der Arbeiterkassen treffen. Auch gegen diese allmähliche Untergrabung des Arbeitsrechtes hat die Partei heftig Protest eingelegt. Darüber hinaus aber erklärte es die Sozialdemokratie für untragbar, daß über solche Lebensfragen der Arbeiterkassen durch Notverordnungen entschieden wird, ohne die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter und Angehörten zu befragen, die im Parlament, in den Arbeiterkammern und den Gewerkschaften dafür zu sorgen haben, daß die Rechte der Arbeiter und Angestellten gewahrt bleiben. Die Partei hat neuerlich in einer Kundgebung die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Gesetzgebung durch das Parlament gefordert. Die parlamentarische Zeit hat vielen, die den antidemokratischen Phrasen folgten und meinten, die Demokratie sei eine überwundene Form des staatlichen und öffentlichen Lebens, diese Zeit der ständigen Offensive des Dollfußschen „Patriotismus“ hat vielen, die schon müde und zornig abseits standen, die Augen geöffnet, die nun erkannt haben, wohin es führt, wenn Regierungen ohne Kontrolle der Volksvertretung über die Massen hinweg Verordnungen diktieren, nun wissen sie, was das Parlament für sie bedeutet!

Inzwischen haben sich im Lager der Christlichsozialen, der stärksten Regierungspartei, Dinge abgespielt, die einen lebhaften Nachhall in der Öffentlichkeit gefunden haben. In der Partei des Regierungschefs, der in seinen Werbereden für die „Baterländische Front“ wiederholt betont hat, man lenne seinen konfessionellen oder Rassenhaß, der auch die Juden — natürlich nach einem gewissen Prozentsatz, das war er seinen Wählern schuldig — in seine Mißpolitik und seine „Osmär-

lischen Sturmchören“ eingeladen hat, dieselbe Partei oder vielmehr ein ansehnlicher Teil dieser Partei, der „Oesterreichische Bauernbund“, forderte in seinem Organ „Der Bauernbündler“ einen förmlichen numerus clausus, die „Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in verschiedenen Branchen und Berufen auf jenes Maß, das dem jüdischen Anteil an der Vorkriegsbevölkerungszahl im Gebiete des heutigen Oesterreich entspricht“. Vor allem forderten die christlichsozialen Bauern eine „Berufsrationalisierung“ bei Rechtsanwälten, Ärzten und anderen Intelligenzberufen. Also eine unverhüllte antisemitische Forderung, die im krassen Gegensatz zu den bisherigen Auslassungen der Regierung steht, besonders des Kanzlers Dollfuß, der allerdings wiederholt entgleiste und vom „jüdischen“ Marxismus sprach. Die Christlichsozialen würden — darüber kann kein Zweifel sein — diesem Antisemitismus und den rassistischen Instinkten ihrer Landwähler gerne Rechnung tragen, würden sie damit nicht der Förderung der jüdischen Unternehmer verlustig gehen. Das „Neuigkeitsblatt“, in dem der Abgeordnete Kunisch für die Hausmeister und Kleinbürger Politik in Luegerschem Sinne macht und das als Organ einer Gruppe der Christlichsozialen gilt, nimmt für die antisemitischen Auslassungen des Bauernbundes offen Partei und dort meldete sich auch der ehemalige Minister der Christlichsozialen Schmitz zum Wort, der vor dem Antisemitismus eine Verbenugung machte. Man sieht noch nicht deutlich durch das Gestrüpp der offiziellen Willensregungen, aber es scheint sich da ein merkwürdiges Bestreben geltend zu machen.

Man erkennt leicht, daß sich im Lager der Christlichsozialen Strömungen bemerkbar machen, die darauf hinarbeiten, dem Antisemitismus Geltung zu verschaffen aus der Erwägung heraus, daß damit dem National-

sozialismus ein wichtiges Agitationsthema entworfen wird. Daß ja Dollfuß wiederholt „Neuerungen“ durchgeführt, die absolut aus der hakenkreuzerischen Methodik herflammen: die antidemokratische, antiparlamentarische Tendenz, die Idee des Führertums, die unterbittliche Verfolgung des Marxismus, der Arbeitsdienst, der Heimaltsinnel, der Haß gegen die Sozialversicherung, die Ausschaltung jeder Kritik und nun der Antisemitismus; das sind alles Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie, der ein schwarzgelbes Mäntelchen umgehängt wurde.

Nebrigens lassen es die „Patrioten“ an unverhüllten Sympathiebeweisen für die „glorreiche österreichische Vergangenheit“ nicht fehlen. Die Wiedereinführung der vorjüngstlich anmutenden altösterreichischen Uniformen, die Pflege der L. u. L. Marschmusik, die Hervorhebung der „alten Tradition“ bei jeder Gelegenheit, die ewige Ableierung der Bundeshymne mit der ominösen „Gott-erhalte“-Musik, das beweist, wie warm das Herz der „Oesterreichischen Front“ für Habsburgs „ruhmvollere“ Sendung schlägt. Nun wurde die schwarzgelbe Flagge, deren Anblick bei mindestens achtzig Prozent der Oesterreicher Brechreiz und Empörung auslöst, wieder in ihre „alten Rechte“ eingeseht und wird bei jedem Anlaß wieder zu sehen sein, außerdem soll nach einer Meldung der „Linger Post“ das alte doppelköpfige Vies der Monarchie auf dem Wappen des republikanischen Oesterreich prangen. Oesterreich soll langsam in die schwarzgelbe Mentalität hineinschlittern.

Begreiflich, daß die österreichische Arbeiterkassen und mit ihr alle ehrlichen Republikaner einer Regierung, die diese Dinge fördert und systematisch unterstützt, dem größten Mißtrauen begegnet und der Auf nach Verstellung verfassungsmäßiger Zustände immer lauter wird.

Roosevelts Rezept gegen die Krise:

Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung.

Rundfunkappell an die Einsicht der Unternehmer.

Washington, 25. Juli. Mit einer Rundfunkansprache leitete Präsident Roosevelt gestern abends seinen Feldzug ein, durch den er die Industrie mobil machen will, um ein sofortiges Steigen der Löhne bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitszeit im ganzen Lande zustande zu bringen. Der Präsident sagte u. a.:

Wenn alle Arbeitgeber in jeder gleichartigen Branche sich auf die Festsetzung der gleichen angemessenen Löhne und der gleichen angemessenen Arbeitszeit für ihre Angestellten einigen würden, dann würden höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit den Arbeitgebern nicht schädigen. Es sei nicht möglich, einen allgemeinen Wohlstand zu erreichen, wenn nur eine Hälfte der Bürger im privilegierten Wohlstand lebe.

Die Annahme eines einheitlichen Lohnsatzes, mit dem die 35-Stunden-Woche und der Minimallohn von 14 Dollar für Handarbeiter und die 40-Stunden-Woche und ein

Minimallohn von 15 Dollar für die Büroangestellten eingeführt wird, werde das Rad der Wirtschaft in Schwung versetzen, und zwar sofort und nicht, wie einige meinten, erst nach sechs Monaten. Wenn aber eine größere Gruppe von Arbeitgebern aus Unentschlossenheit heraus diese große Gelegenheit verpassen sollte, würde dies bedeuten, daß ein weiterer verzeielter Winter bevorstehe; und das dürfe nicht geschehen. Der Plan habe die Billigung von Vertretern der Arbeiterkassen, der Industrie und des Wohlfahrtsdienstes gefunden.

Der Präsident sagte mit, daß alle Arbeitgeber, die sich an die Richtlinien halten würden, ein Abzeichen erhalten sollen mit der Aufschrift „Wir haben das Unfrige getan“. Diese Abzeichen sollen an sichtbarer Stelle getragen werden, um die Teilnahmsfulness zu beschämen. Auch werde im Postamt jeder Stadt eine Ehrentafel mit dem Namen aller Helfer angebracht werden.

Menschenraub im Saargebiet. Protest an den Völkerbund

Saarbrücken, 25. Juli. Die saarländische Regierungskommission hat bei der deutschen Reichsregierung und beim Völkerbund gegen die Entführung von drei Personen Protest erhoben, von denen zwei französischer Nationalität waren. Die drei Entführten wurden am 22. Juli abends unweit von Homburg von Personen, die aus dem Deutschen Reich gekommen waren, aus dem Saargebiet verschleppt. Bisher hat die Untersuchung dieses Falles zur Verhaftung eines der Täter geführt.

Wie die Öffentlichkeit irre geführt wird.

Die Kommunisten erzählen in ihren Blättern von einer neuen Schlichtigkeit der Sozialdemokraten. Danach hat Dr. Czech bereits die Weisung gegeben, die sogenannte Protaktion aus Ersparungsgründen einzustellen. Die deutschbürgerliche Presse wiederum versucht aus der gleichen Presse nationalsozialistisches Kapital zu schlagen und berichtet von einer Einstellung der Protaktion im deutschen Gebiete, obwohl sie weiß, daß gerade Dr. Czech alle Fürsorgeaktionen so leitet, daß die deutschen Gebiete ihren gerechten Anteil erhalten, wofür er auch von Herrn Kahane und den „Narodni Listy“ nahezu täglich beschimpft wird. Alle diese Kritiker sind darüber informiert oder könnten, wenn sie ihren journalistischen Beruf ernst nehmen, darüber informiert sein, daß für die Protaktion von vornherein 1200 Waggons Roggen zur Verfügung standen, die nun verbraucht sind. Es hat sich als von allem Anfang an nur um eine einmalige Aktion gehandelt, die nicht eingestellt wird, sondern beendet ist. Mehr verteilen als ihm zur Verfügung gestellt wurde, kann Dr. Czech nicht. Die Presseleute wenden sich aber nicht etwa gegen die bürgerliche Mehrheit in der Regierung, weil sie nicht größere Mittel für die Arbeitslosenhilfe zur Verfügung stellt, sondern greift Dr. Czech an. Bewilligt aber die Regierung irgend welche Mittel, so höhnen die Kommunisten über die Geringfügigkeit der Aktion, die Bürgerlichen aber werfen dem Dr. Czech vor, daß er staatliche Mittel vergeube. Dagegen kann man nichts machen, denn das oberste Gesetz aller nichtsozialdemokratischer Presse ist: Die Sozialdemokratie ist unter allen Umständen an allem schuld!

Wo bitte? Im Brünner „Tagesbote“ meditiert Herr Dr. Worliczel, vor kurzem noch Prager Korrespondent des faschistischen „Berliner Tageblatt“ des Herrn Göbbels — vielleicht ist er es auch heute noch! — über sudetendeutsche Politik. Also, wie geht das zu? In der sudetendeutschen Politik jedenfalls sehr wirr, nämlich: Hier ringen Agrarismus, Merkantilismus, Liberalismus, Marxismus und zahlreiche andere Ideentrichtungen um die politische Führung und um die politische Macht.

Herr Worliczel möge uns doch verraten, wo und wann, bei welcher Gelegenheit und in welcher Form der Liberalismus und die politische Führung im Sudetendeutschen und um die politische Macht ringt. Das würde uns sehr interessieren, weil wir noch nie etwas davon bemerkt haben und nur immer wieder sehen, daß sich die spärlichen Vertreter des weisland Liberalismus den Faschisten an die Rockschöße zu hängen versuchen und auf jedes noch so bescheidene Eigenleben verzichten.

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Hartwig

Alle Rechte vorbehalten

„Es muß auch durchaus nicht wahr sein. Das war der Grund, warum ich es Ihnen nicht sagte. Ich wollte erst klar sehen. Er ist in diese Sache verwickelt, aber es kann sich noch immer seine Unschuld herausstellen. Das wird sich bald erweisen. Sein einziger, nachweislicher Fehler ist, daß er seine Urlaubskarte nicht eingehalten hat. Es wird sich bald alles klären.“

„Wissen Sie, daß der Untersuchungsrichter ihn für meinen Komplizen hält?“
Hortz juckte die Achsel. „Damit will er Sie nur einschüchtern oder zu irgendeinem Verständnis zwingen. Das sagt er nicht im Ernst.“

„Aber, wo ist Max?“
„Analysieren Sie sich doch nicht damit! Wenn er wirklich aktiv an dieser Defraudation beteiligt wäre, läge Ihnen denn noch an ihm? Und wenn er Sie fallen läßt, weil ein Verdacht auf Ihnen ruht... mit einem Worte: wollen Sie ihn denn wirklich weiterlieben? Ich habe den Eindruck, daß Ihr Gefühl ermüdet, vielleicht sogar dahin ist. Sie glauben nur, zu irgendeiner Treue verpflichtet zu sein. Lassen Sie ihn, ich bitte Sie! Verbohren Sie sich nicht aus falscher Liebesromantik in eine tote Sache. Ich beschwöre Sie!“

„Herr Doktor“, sagte Lillian hart, „ich muß Sie in die Grenzen Ihrer Befugnisse zurückweisen. Ich glaube, daß Sie es gut meinen, aber meine Personalangelegenheiten sind doch wirklich meine Privatangelegenheiten. Eine Schuld nicht erwiesen ist, oder ebe ich nicht weiß, daß er mich im Stiche läßt, bin ich keine Braut und denke

nicht daran, diese Verpflichtung zu lösen. Gott sei Dank, es gibt noch Herzen, die halten, was sie einmal versprochen und meines ist von dieser Art. Sie haben wahrscheinlich noch nie mit einer richtigen Frau zu tun gehabt. Aber es ist hier nicht der Ort, menschliche Dinge zu bereinigen. Wie lange wird denn meine Haft noch dauern?“

„Nicht mehr lange, hoffe ich. Es ist nämlich etwas sehr Merkwürdiges passiert. Das gibt den Schatten einer Spur.“

„Run?“
„René Gaubier hat am Morgen nach seiner Ermordung...“

„Nach seiner Ermordung?“ fiel Lillian ein.
„Ja, nach seiner Ermordung, in der Royal-Bank auf einen Travellerscheck, was er klüffig machen konnte, also ein Vermögen, behoben.“

Lillian sah zu Boden. „Das verstehe ich nicht!“ sagte sie leise.
„René Gaubier, der Tote, legitimierte sich mit seinem Reisepaß, unterschrieb ordnungsgemäß, nahm das Geld und entfernte sich.“

„Ich verstehe das nicht!“
„Das war der Mörder; ihm auf die Spur zu kommen, ist die nächste Aufgabe.“

„Ja, stimmte denn das Paßbild mit seinem Gesicht? Bei so großen Beträgen sieht man sich doch die Leute an.“

„Allerdings! Der Mann sah aus wie die Paßphotographie René Gaubiers. Schnurrbart, lange Nase, alles da. Eine offenbar glänzende Wäsche. Ein offenbar geriebener, routinierter Verbrecher.“

„Rein.“
„Sie glauben es nicht?“
„Rein. Ich glaube viel eher, daß der Tote im Separate gar nicht René Gaubier war. Daß ein Mann dieses Namens im Grandhotel abstieg und nicht mehr wiederkam, befand noch nichts. Daß die Wäsche, der Mantel und die Tabatiere des Toten die Buchstaben R. G. trugen, befugt

noch weniger. Es gibt ja noch andere Männer, die mit R. und mit G. beginnen.“

Die Unterschrift in der Bank zeigt dieselben Schriftzüge wie der kleine Abriß des Briefes, der in den Strafsakten liegt. Lassen Sie mich nur machen! Ich habe meine eigene Kombination. Ich glaube, sie wird zum Ziele führen.“

„Sie glauben!“ rief Lillian spöttisch — zweifelnd.
„Vertrauen Sie mir nicht?“
„Doch... aber...“

„Borris ist am Abend des Nordes um 23 Uhr abgereist. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß er im Separate war. Zeitlich kollidiert dies nicht. Aber er kann es nicht gewesen sein, der am nächsten Morgen das Geld behob; denn da war er schon auf der Fahrt.“

„Wieso? Und der Paß? Und das Geld? Woher wissen Sie das überhaupt?“

„Von Sophie Kandler.“
„Sie waren bei ihr?“
„Wie Sie es wünschten.“

„Und?“
„Ueber das Geld weiß sie nichts. Es ist daher wohl möglich, daß Borris das Geld René Gaubier abgenommen hat. Den Paß aber hatte Borris von Sophie Kandler.“

„Wieso?“
„Ihr vor kurzem verstorbener Bruder hatte einen gültigen Paß mit russischem Bismarck. Diesen Paß hat sie Borris geschenkt.“

„Seine Geliebte?“
„Nein. Sie kennt Borris nur flüchtig. Sie ist Kommunistin, ein imponierend kluges Geschöpf, eine Arbeiterin.“

„Aber, Borris wollte sich doch um 9.30 Uhr das Geld beim Bismarckingang holen. Warum erwartete er mich nicht dort? Warum zog er es vor, einen Menschen zu berauben?“

„Er war es nicht, Fräulein Baud! Der Räuber und Mörder ist derjenige, der das Geld

behob. Wie gesagt, lassen Sie mir kurze Zeit um meine Kombination zu Ende zu führen.“

Lillian seufzte.
„Kopf hoch!“ sagte der Rechtsanwalt.

Das Mädchen winkte müde ab. Als sie allein war, verank sie wieder in Grübeleien. Das Theater stand vor ihrem geistigen Auge, die faszinierende Atmosphäre der Kulissenwelt, Tanz und Taumel, Rausch und Künstlertum.

Noch einmal fiebernd im Rampenlicht stehen, noch einmal, einmal nur! Alles in ihr flehte um Leben, um ihr Leben.

20.
Die Photographie.

Dr. Hortz Rünke sah in seinem Arbeitszimmer und stöberte in Notizen, Akten und Aufzeichnungen.

Sein großer Schreibtisch, an dem einige Laden offen standen, war bedeckt mit Papieren, die er ordnete, sichtigte, studierte, in denen er herumwühlte und von denen er manche immer wieder las. Dann verank er in Nachdenken. Er hatte den Fall von verschiedenen Seiten angeschaut, manche interessante Details erfahren, aber vieles schien ihm nun noch verworrener und eine gerade Linie war nicht zu erkennen. Und er mußte die Sache entwirren, koste es, was immer.

Dieses Mädchen war unschuldig und er mußte alles aufbieten, um ihr zur Wiederherstellung ihrer Ehre zu verhelfen. Er hatte es ihrem Vater versprochen, ebe er sie noch kannte, jetzt leit er sie gesehen und gesprochen hatte, war es ihm selbstverständliche Pflicht. Rasch mußte gearbeitet werden, deshalb hatte er sich auch mit einem Detektivbüro in Verbindung gesetzt, von dem er auch tatsächlich beinahe jede Stunde telephonisch neue Nachrichten erhielt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Nationalsozialismus in voller Aktion:

Erpressung an Genossen Worch

In der Prager Emigration lebt auch der Genosse Worch, ehemals Bürgermeister von Langewiesen in Thüringen. Worch hatte seinerzeit versucht, die republikanischen Behörden durch Aufgebot von Reichsbanner gegen den Staatsstreich der Nazi zu führen. Das ist selbstverständlich für das neue Regime der Anlauf, Worch mit unerbittlichem Haß zu verfolgen. Da man ihn selbst nicht mehr erreichen kann, hat man nun seine Frau und seine Tochter in "Schutzhaft" genommen, das heißt unbekanntem Foltern und hundertfachen Qualen, vielleicht dem sicheren Tode ausgeliefert. In der Begründung — die Schergen des Blutdörings leisten sich tatsächlich hie und da den Luxus, ihre Vestalitäten zu "begründen"! — heißt es, die Verhaftung erfolge als Repräsentation gegen die Greuelpropaganda, die Worch getrieben habe. Auch sei er ein Hauptführer des Kommunismus in Thüringen gewesen. Worch ist in Wahrheit niemals Kommunist gewesen und hat im übrigen hier keinerlei Greuelnachrichten verbreitet, sondern überhaupt keine Mitteilungen an irgendetwas ergehen lassen.

Für die Hunnen ist es natürlich völlig irrelevant, ob ihre Begründung stimmt oder nicht. Sie wollen Rache üben und wo sie dies nicht an den unmittelbaren Objekten ihres Hasses können, nehmen sie als schamlose Erpresser, die sie sind, Geiseln fest, lassen sie ihre Wit an Menschen aus, die niemals politisch tätig waren.

Zu ein besonderes Kapitel gehört ja die dreifache Verlogenheit, mit der die Nationalsozialisten immer dann, wenn sie neue Greuel begehen, ihre Ernüchterung über die "Greuelmärchen" zum Ausdruck bringen. Diese Art zu lügen, die man aus den deutschen Generalfeldberichten der Kriegszeit so gut kennt, ist tatsächlich eine preußische, also neuhunnische Spezialität. Im selben Augenblick, da Göring in aller Deffentlichkeit zu tausendfachen neuen Greueln aufforderte, verkündete er, daß eben diese auch zur Bestrafung für die Verbreitung von Greuelmärchen verhängt würden. Genau so in diesem Falle. Man wirft Worch vor, er habe gelogen, daß es Greuel gebe, also verhaftet man seine Angehörigen, damit jedermann sehe, wie fern von allen Greueln der Hunnenstaat ist! Es ist eine altpreussische Tradition. Friedrich Wilhelm I. pflegte seine Untertanen auf der Straße zu prügeln. Als einmal ein Berliner Bürger, der des Königs anständig ward, rath entschließen wollte, ließ E. Majestät dem Unglücklichen nach, droht mit dem Stief auf ihn ein und schrie: Lieben sollt ihr mich, Lieben, nicht fürchten! Auch Göring foltert, weil man behauptet, daß er ein Schinder sei.

Krach um Magda.

Palastrevolution im "Deutschen Modeamt".

Da Magda, die millionenschwere Gattin des braunen Reichsreklameministers Dr. Goebbels, durch einen unübersehbaren Regiefehler des nationalsozialistischen Reichsverwaltungsrats zu Beginn der nationalsozialistischen Gegenrevolution kein Pöstchen erhalten hatte, korrigierte der treusorgende Gatte diesen Irrtum der "aufbrechenden Nation" und kaufte belächelt von allen Fachleuten, das "Deutsche Modeamt". Diese kuriose Institution, die in ihren bombastischen Anfängen eine "revolutionierende Umwälzung des Kleides des deutschen Menschen" versprach, hielt vor einigen Wochen in Berlin einen "Arbeitsabend" ab, der als heiteres Intermezzo den blutigen Ernst der braunen Terrorpropaganda angenehm unterbrach. Frau Magda propagierte an diesem Abend, von heiliger urväterlicher Inspiration ergriffen, eine Art "Mode", wie sie höchstens in geschlossenen Anstalten und psychiatrischen Kliniken geduldet werden kann. Der munteren Dame schwebte so etwas wie ein runenverzerrtes Nachhemd vor, mit dem die art-, blut- und bodenverwuzelte Nationalsozialistin jegliche Konkurrenz glatt l. o. schlagen sollte. Man registrierte die frühlichen Scherze der nationalsozialistischen Modeschöpferin nicht ohne Sinn für Stil in der Witzede und so ist, im weiteren Verlauf dieser tragikomischen "Erneuerungsaktion" Frau Magda aus ihrem originellen Modeamt herausgeflogen. Das Modeamt aber liegt bereits in den letzten Zügen. Die runenverzerrten Nachhemden werden, Wotan sei's gelobt, weiter eine Privatliebhaberei der Frau Magda Goebbels bleiben müssen.

Vor der letzten Vollversammlung in London.

London, 25. Juli. (Reuter.) Das Büro der Weltwirtschaftskonferenz hat heute den Bericht, der Donnerstag der Vollversammlung vorgelegt werden soll, gebilligt. Nach der heutigen Entscheidung des Büros der Weltwirtschaftskonferenz erachtet man die Zukunft der Konferenz als sehr unsicher. Die Vertagung der Konferenz wird sich wahrscheinlich einige Monate lang hinziehen und solange dauern, bis sich die Geldlage bessert. Inzwischen werden auf Wunsch des Büros der Konferenz nur einige Sektionen und Gruppen ihre Arbeiten fortsetzen.

Aus Angst vor Gegenaktionen:

General-Razzia im ganzen Reichsgebiet.

Lebhaftes Tätigkeit „staatsfeindlicher“ Elemente amtlich zugegeben!

Berlin, 25. Juli. Auf Anordnung des geheimen Staatspolizeiamtes wurden am Dienstag Mittag ab 12 Uhr im ganzen Reichsgebiet sämtliche Haupt- und Nebenlinien der Reichsbahn sowie die gesamten Durchgangsstraßen für den Kraftverkehr einer eingehenden Personen- und Suchkontrolle unterzogen.

Wie das WAZ erfährt, wurden zahlreiche staatsfeindlich gesinnte Personen festgenommen und an zahlreichen Stellen bei der Einföhrung in die Gepäckstücke illegales Schriftmaterial vorgefunden. Ferner erfolgte die Festnahme, beziehungsweise Feststellung verschiedener Personen, die teils unbefugt Schusswaffen führten, teils ohne Führerschein am Steuer von Kraftwagen saßen.

Zur Durchführung der Fahndungsaktion wurden sämtliche Polizeidivisionen einschließlich der Hilfspolizei, teilweise auch SA- und SS-herangezogen. Die Durchsuchung der Eisenbahnzüge war im ganzen Reichsgebiet spätestens um 12 Uhr. 40 beendet.

Die in ihrem Umfang erstmalig so groß durchgeführte Fahndungsaktion geschah, wie es im amtlichen Stil heißt, „um nunmehr mit aller Macht den kommunistischen und anderen staatsfeindlichen Umtrieben, die sich überall im Reich noch bemerkbar

machen, Einhalt zu gebieten. Immer noch bewegen sich im Auftrag staatsfeindlicher Organisationen Kurier durch das Land. Im Interesse der Allgemeinheit war daher die Fahndungsaktion notwendig“.

Der Widerstand wächst!

In Breslau-Schleinitz hat die Geheimne Staatspolizei angeblich erst nach einem Feuergefecht eine bewaffnete Klebekolonnen der NSD festgenommen, die mit der Terrorgruppe des Roten Frontkämpferbundes identisch sein soll. Eine große Anzahl von Personen wurde in Haft genommen, die Hersteller der zum Aufleben bestimmten Flugblätter und die Geheimdruckerei wurden ermittelt.

Nördlich von Berlin wurden von der Polizei an verschiedenen Seen Zelbstädte durchsucht; dabei wurden nach einer amtlichen Meldung Waffen und fertige Altschees für eine neue Ausgabe der „Roten Fahne“ gefunden.

In Stuttgart wurden rund zweihundert Personen in Schutzhaft genommen. Angeblich hätten die Linkskreise beabsichtigt, das kommende deutsche Turnfest zu einer besonderen intensiven illegalen Tätigkeit zu bemühen. Die Polizei will viele „verbotene Schriften“ beschlagnahmt haben.

Vorbereitung des neuen Krieges.

Fieberhafte deutsche Rüstungen.

Berlin, 26. Juli. Auf dem Schießplatz Moppen, der im Besitz von Krupp ist, wurden Versuche mit 42 Zentimeter Mörsern angestellt, auf dem Schießplatz Züterbog wurden schwere Feldhaubitzen, hergestellt von Rheinmetall, ausprobiert.

Paris. G. London setzt im Journal seine Enthüllungen über die deutschen Rüstungen fort. Er meldet, daß Tanks von den Linke-Hoffmannwerken, Breslau und von Daimler-Benz gebaut werden. Die Waffenfabrik Mauser liefert moderne Schusswaffen, die bei Polze in Magdeburg aufgestellt werden. Rheinmetall hat sich auf die Kanonenfabrikation geworfen. Die Minenwerfer werden in Eisenach erzeugt. Pinisch in Fürstentum Walde fabriziert Gasapparate, Munition wird

bei dem getarnten Berl Polze in Magdeburg und bei den Deutschen Werken in Spandau erzeugt. Außerdem werden Waffen und Munition aus dem Ausland eingeführt, so aus der Schweiz, Holland, Schweden und sogar aus Litauen. Eine ganze Reihe großer Fabriken kann von heute auf morgen auf hochgelegerte Giftgasfabrikation umgestellt werden, beispielsweise: Chemische Fabrik von Heyden, Radebeul-Dresden (flüchtige, unsichtbare, leichte Gase bisher unbekannter Zusammensetzung); Billwärdner in Hamburg-Billbrook (Arsenikgase); Schering-Kahlbaum (Chlorgase); Gehe & Co., Dresden (Phosphorgase) ganz abgesehen von den Großwerken der IG-Farben, die vollkommen vorbereitet sind auf die Giftgasfabrikation.

Blutige Zusammenstöße zwischen Reichswehr und SA. Bei antisemitischen Ausschreitungen in Nürnberg.

Nürnberg, 23. Juli. Die Demonstrationen und die Gewaltakte gegen jüdische Geschäfte und gegen jüdische Passanten auf den Straßenbahnen nehmen ihren Fortgang; am Samstag nachmittag sind nationalsozialistische Trupps in zahlreichen Fällen in die Privatwohnungen jüdischer Familien eingedrungen, haben die Einrichtungen demoliert und die Invasoren verhaftet. Es handelt sich hierbei ohne Ausnahme um Personen, die politisch niemals hervorgetreten sind.

Das Standortkommando der Reichswehr hat den Reichshauptquartier für Bayern, General von Epp, die Reichsregierung und den Reichspräsidenten telegraphisch von den Vorfällen unterrichtet und bringt um Abhilfe gebeten; nach einer anderen Meldung, für die eine Bestätigung jedoch bisher nicht zu erlangen gewesen ist, hat das Reichswehrkommando die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für Nürnberg gefordert.

Tatsächlich aber durchziehen seit dem gestrigen Abend zahlreiche Patrouillen der Reichswehr, ausgerüstet mit Stahlhelm, Gewehren und Handgranaten, die Hauptstraßen Nürnbergs und Fürths; hierbei kam es in Fürth zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einer Abteilung der Reichswehr und demonstrierenden Nationalsozialisten, bei der das Militär, in Notwehr gebracht, von der Schutztruppe Gebrauch zu machen gezwungen war. Fünf Nationalsozialisten wurden verletzt, darunter zwei schwer.

Der bayerische Innenminister hat durch Polizeifunk ein Verbot an die gesamte Presse in Bayern erlassen, über die Nürnberger Vorgänge zu berichten.

Neue SA-Revolte.

Breslau, 22. Juli. In Gleiwitz bestanden seit der bekannten Hitler-Rede in Bad Reichenhall schwere Konflikte zwischen der meist aus proletarischem Milieu stammenden SA und der SS. In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung hatte die SA eine scharfe Resolution gegen den neuen Kurs der Regierung und für einen entschiedenen Sozialismus eingebracht; die Abstimmung über diese Resolution aber hatte die SS verhindert und die Versammlung wurde unter Einfluß eines Kommandos der Schutzpolizei vorzeitig aufgelöst.

Vor einigen Tagen wurde der SA bekannt, daß sie entwaffnet und in ein schlesisches Arbeitslager abtransportiert werden solle; diese Nachricht veranlaßte die SA, die starke Kräfte von außerhalb herbeigezogen hatte, sich mit einem Gewaltstreik in den Besitz des Standortquartiers und des dort sich befindlichen Waffenlagers der SS zu setzen. Die anwesenden SS-Leute wurden verhaftet, das Haus in den Verteidigungszustand gebracht.

Bisher lehnen die SA-Leute jede Verhandlung mit dem aus Breslau eingetroffenen Beauftragten des schlesischen Oberführers Heine ab.

England läßt deutsche Polizeiflugzeuge nicht zu.

Scharfe amtliche Absage an Herrn Goering.

London, 25. Juli. (AP.) Die britische Regierung hat dem preussischen Ministerpräsidenten und Reichsluftfahrtminister Goering, der kürzlich dem englischen Attaché für Flugwesen mitteilte, daß die österreichische Regierung einige englische Flugzeuge vom Typ der Militärflugzeuge für Polizeizwecke angekauft habe, und die Möglichkeit erwähnte, daß auch Deutschland bereit wäre, Flugzeuge der gleichen Type und für den gleichen Zweck anzulassen,

geantwortet, daß Flugzeuge von der bezeichneten Type an Oesterreich nicht geliefert wurden und daß die britische Regierung nicht beabsichtigte, eine Verletzung des Pariser Flugabkommens aus dem Jahre 1926 stillschweigend zu dulden, auf Grund dessen 50 Mitglieder der deutschen Polizei die Bewilligung zur Ausbildung im Flugwesen erhielten, keineswegs aber zur Ausübung ihrer Dienstpflichten mit Flugzeugen oder zur Anschaffung von Flugzeugen.

Flugzeug-Propaganda wird fortgesetzt!

Bregenz, 25. Juli. Heute nachmittags erschien über den Vorarlberger Städten und Orten Buzenz, Feldkirch, Mandwil, Lornbirn und Bregenz ein deutsches Flugzeug mit der Kennzeichen D 4885, auf den Tragflächen schwarz-weißrot gestrichen. Das Flugzeug warf Flugzettel ab, die Schmähungen gegen die österreichische Regierung enthielten. Einer der Flugzettel ist der Abdruck einer Rede, die Dr. Gabschl in Mühldorfer Rundfunk vor kurzem gehalten hat.

Die Vorarlberger Landesregierung erstattet bei der Grenzpolizei in Lindau die Anzeige, daß ein deutsches Flugzeug ohne Bewilligung die österreichische Grenze überflogen habe, und legt Protest ein. Die deutsche Grenzpolizei in Lindau verspricht, diesen Protest weiterzuleiten.

Die österreichische Gesandtschaft in Berlin erhielt den Auftrag, auch in diesem Falle gegen diese Völkerverletzung entschieden Verwahrung einzulegen.

Nazi-Druckerei geschlossen.

Die Druckerei „Oesterreichische Druck- und Verlagsanstalt“ im Wiener VIII. Bezirk, in der die großdeutschen und zum großen Teil auch nationalsozialistischen Blätter gedruckt wurden, ist Montag behördlich geschlossen worden. 200 Angestellte sind dadurch brotlos geworden. Das großdeutsche Hauptorgan „Wiener Neueste Nachrichten“ ist heute in der Druckerei der Firm „Waltheim u. Ebert, der Wiener Filiale des Altkonzerntes, erschienen.

Von den eingestellten nationalsozialistischen Blättern ist heute kein einziges erschienen, doch wurde in einer Winkeldruckerei im VII. Bezirk das neue Abendblatt „Abendpresse“ gedruckt, ein Ersatzblatt für die eingestellte „Wiener Abendzeitung“. Außerdem treffen die Nationalsozialisten Vorbereitungen zur Ausgabe neuer Zeitungen, und zwar in der Druckerei Haber in Krems sowie auch auf ungarischem Boden in Sedenburg.

„Tendenzmeldungen“.

Wien, 25. Juli. (AP.) In der ausländischen Presse sind in den letzten Tagen Tendenzmeldungen erschienen, die dahin gehen, als ob die Lage des Judentums in Oesterreich gefährdet wäre, wobei gewisse Parallelen mit den Vorgängen im Deutschen Reich gezogen wurden. Demgegenüber wird der Amtlichen Nachrichtenstelle von maßgebender Seite erklärt, daß diese Meldungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen, da die Juden in Oesterreich auf Grund der österreichischen Verfassung auf allen Gebieten sich vollster Gleichberechtigung erfreuen, und da an eine Aenderung der für die Behandlung konfessioneller Fragen in Oesterreich geltender Bestimmungen in keiner Weise gedacht ist.

Waffenunde bei Nazis.

Algenfurt, 25. Juli. Bei der gestrigen Waffenuche bei zahlreichen Nationalsozialisten wurden in Spittal an der Drau und in Dreifeld eine ein Maschinengewehr sowie zahlreiche Bajonette und andere Waffen beschlagnahmt.

Nordische Staaten gegen den Nationalsozialismus.

Der Beschluß des schwedischen Reichstags betreffend Uniformverbot tritt nach einer gestern erfolgten Mehrheitsentscheidung bereits am ersten August in Kraft. Die Ursache zu dieser Beschlusnahme liegt in dem provokierenden Auftreten der schwedischen Nationalsozialisten, die nach deutschen Direktiven ihre uniformierten Trupps auch in Schweden aufzuziehen beginnen. Es kam bereits mehrfach zu Zusammenstößen zwischen diesen Trupps und der sehr zurückhaltenden schwedischen Arbeiterschaft, die sich jetzt zusammen mit großen Teilen des Bürgertums entschlossen zur Wehr setzt gegen diesen Import aus Deutschland. Reichstag und Regierung haben sich nunmehr ebenfalls in diese Kampffront gegen den Faschismus gestellt.

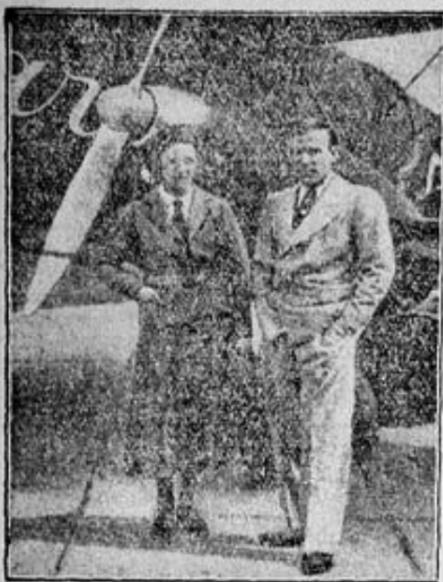
Unter der Einwirkung des sozialistischen Wahlsieges in Finnland hat sich die finnische Regierung nun auch zu entschiedenem Vorgehen gegen die Nationalsozialisten entschlossen. Der Reichstag ist hier noch weiter gegangen als in Schweden und hat durch Gesetz mit sofortiger Wirkung die Mitgliedschaft der militärischen Organisationen und anderen Zusammenschlüssen verboten, die als Zweck die Einwirkung auf staatspolitische Angelegenheiten verfolgen. Ebenso wird die Gründung solcher Vereinigungen verboten. Das ist ein entscheidender Schlag gegen die zwei oder drei Nazi-Nichtungen in Finnland, die nunmehr verboten und aufgelöst sind.

So werden sich gerade die nordischen Staaten in schärfster Weise gegen die nationalsozialistische Welle, die hier im Norden trotz ihrer „nordisch-germanischen“ Ideologie auf bestige Ablehnung stößt.

500 spanische Putschisten in Schutzhaft.

Madrid, 25. Juli. Ministerpräsident Azana bezeichnete die Umsturzbewegung, die die Regierung aufgedeckt zu haben erklärt, als eine rein zivile; Militärpersonen seien daran nicht beteiligt. Nach in Paris vorliegenden Meldungen sollen bisher nicht weniger als 500 Personen in Haft, bzw. in Schutzhaft genommen worden sein.

Tagesneuigkeiten



Anapp vor dem Ziel verzweifelt.
Das Ehepaar Rollison,

das am Samstag von Wales zu einem Atlantikflug gestartet und auch glücklich über den Ozean hinweggekommen war, ist am Montag früh auf dem Flughafen von Bridge Port kurz vor New York notgelandet. Bei der Landung ereignete sich ein Unglücksfall: die Maschine überschlug sich und begrub das Ehepaar unter seinen Trümmern. Sofort herbeigeeilte Helfer konnten den Piloten und seine Gattin retten. Glücklicherweise haben sie sich keine ernsthaften Verletzungen zugezogen. Die Rollisons können den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das erste Ehepaar zu sein, das den Ozean in der Schwesterrichtung überquert hat. Sie waren insgesamt 39 Stunden in der Luft, davon 29 Stunden über dem Atlantik.

Suldigung für die Rollisons.

New York, 25. Juli. Das Flugzeug, welches das Ehepaar Rollison von Bridge Port nach New York zu bringen hatte, ist gestern auf dem Flugplatz von Floyd-Bennet um 18 Uhr 5 Minuten ostamerikanischer Zeit eingetroffen. Tausende von Zuschauern, die von 150 Polizisten nur mit Mühe zurückgehalten werden konnten, bereiteten dem erfolgreichen Fliegerpaar bei seiner Landung begeisterte Suldigungen. Das Ehepaar fuhr im Auto nach New York.

Balbo auf dem Rückflug.

New York, 25. Juli. Balbo ist mit seinem Geschwader um 9 Uhr 1 Minute ostamerikanischer Zeit zum Rückflug gestartet. Die erste Etappe ist Szediac in Neubraunschweig.

Um 20 Uhr 56 Greenwicher Zeit ging das Flugzeug Balbos in Szediac (Neubraunschweig) nieder; 21 weitere Flugzeuge folgten in kurzen Abständen. Ein Flugzeug mußte wegen Bruchs der Leitleitung in Nordland notlanden; ein zweites Flugzeug war in St. John gezwungen niederzugesinken, um neuen Betriebsstoff aufzunehmen. Beide Maschinen werden dem Geschwader in kurzer Zeit nach Szediac nachfliegen.

Aus den Fluten der Theiß gerettet.

Helidentat zweier Gendarmeriebeamter.

Uhorod, 25. Juli. Bei Tacevo rettete der Gendarmeriewachmeister S. Ziava unter eigener Lebensgefahr den ertrinkenden S. Popovic, den er in bereits bewußtlosem Zustand aus den Fluten der Theiß herauszog. Mit Hilfe des Gendarmerieführers Freiburger zog er weiter aus der Theiß den ertrinkenden Beamten des Bezirksgerichtes Josef Kovac und den Chauffeur Franz Beydel. Die Ertrinkenden waren gute Schwimmer, wurden aber von den Strudeln des Flusses hinabgezogen. Etwa eine Stunde vorher ertrank an der gleichen Stelle Ladislav Avajan aus Tacevo, der ebenfalls ein guter Schwimmer war. Seine Leiche wurde vom Wasser fortgespült.

Gehaltsstürzungs-Abkommen

bei der Wiener Gemeinde.

Wien, 25. Juli. Der Wiener Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung einem Abkommen zugestimmt, das zwischen der Gemeinde und ihren 64.000 Angestellten und 15.000 Pensionisten abgeschlossen wurde und eine Gehalts- resp. Pensionstürzung von rund 4 Prozent vorsieht.

Seelenvolle Sadisten... Die braunen Untermenschen des Dritten Reiches, Experten für alle Arten von Sadismus, Meister im Prügeln, Demütigen, Foltern und Auspeitschen wehrloser politischer Gefangener, kurzum menschenfressende Bornceandertaler, die verkehrtlich in die Bügelfalte und den steifen Kragen des 20. Jahrhunderts hineingerutscht sind, haben über Nacht so etwas wie Seele bekommen. Wie die Freigrammophone der braunen Frontbände mit treuerherzigem Augen-ausschlag mitteilen, hat der Reichsstatthalter

für Anhalt und Braunschweig „angesichts der sich häufenden Fälle von Tierquälerei die Behörden veranlaßt, auf das schärfste gegen Tierquäler vorzugehen.“ In Fällen „besonders roher Tierquälerei sind die Schinder sofort in ein Konzentrationslager zu stecken“, heißt es in der amtlichen Verlautbarung der tierliebenden und menschenhassenden Barbaren. Widerwärtiger als das mittelalterliche Treiben des Nationalfaszismus, unsauberer als seine subalterne Verlegenheit im Kampf um die Erhaltung der erschlichenen Machtpositionen, schlimmer als die tierische Brutalität der ausgehaltenen Hooligans von der SA ist der deutsche Fasizismus dann, wenn er sentimental wird. Welch ein Zynismus, angesichts der noch frischen Gräber seiner Opfer in ein tränenreiches Plaidoyer für die verfolgte und mißhandelte Tierwelt auszubrechen! Bestialität und Sentimentalität wohnen oft eng zusammen, niemals aber waren sie ungenießbarer vereinigt, als in jenem traurigen braunen „Reichsstatthalter“, der, auf einem Berg von Leichen residierend, die Hunde und Katzen an seine schüßende Männerbrust nimmt!

Wahrscheinliches Wetter heute: Wechselnd bewölkt, zeitweise ziemlich heiter, namentlich in den südlichen Teilen des Staates. Allmähliche Erwärmung.

Mit gleichen Mitteln heimzahlen! Wir erhalten folgende Zuschrift: Lieber „Sozialdemokrat!“ Viele Genossen können sich mit der propagierten „abgründlichen Verachtung“ als Maßnahme gegen die Anonymen und Nichtanonymen, die im Nazi-„Log“ und sonstwo alle Menschlichkeitsgefühle bewußt und Verleumdung, Feigheit und tierischen Sadismus zu ihrem Lebenszweck machen, nur bedingt einverstanden erklären. Wenn es auch stimmt, daß in normalen Zeiten die Demokratie die Meinungsfreiheit aller zu respektieren hat, so sieht es doch anders aus, wenn verbrecherische Elemente, wie die Fasisten aller Länder, die öffentliche Meinung vergiften wollen und auch aus diesem Lande ein Irren- und Zuchthaus wie Deutschland und Italien zu machen anstreben. Dann müssen eben gegen diese für die Gesamtheit gemeingefährlichen Elemente dieselben Mittel in Anwendung gebracht werden, die ihre Bufenfreunde im Reich und in Mussolinien gegen ihre friedliebenden Mitbürger gebrauchen! Das Gesetz der Vergeltung als solches ist nicht nur im Alten Testament festgesetzt, es ist auch menschlich vollkommen logisch, wenn auch im Gegensatz zur christlichen Lehre, deren Vertreter auf Erden, der Papst gerade... das Gegenteil macht, im selben Augenblick, in dem ein ganzes Volk von einer im Blutbad sich wälzenden Verbrecherbande angefallen wird. Aber im Falle dieses Landes, wo die Nationalsozialisten glücklicher Weise noch nicht zu befehlen haben, muß dafür vorgejagt werden, daß es auch in Zukunft so bleibe. Und zu diesem Zweck genügt die Verachtung nicht. Man kann uns Italienern die Praxis und Erfahrung im Wesen des Fasizismus und seiner Träger nicht abprechen; die Gegenwehr muß von der Bevölkerung selbst ausgehen und praktisch den Zusammenleben den Geist der feigen Bestialität aus dem Leibe treiben! Nur dieses Mittel kann erfolgreich sein! Mit sozialistischem Gruß Dein Dr. Vittorio Mungiole.

Der Tod am Schachbrett. Dieser Tage wurde im Haag das Schachturnier um die Meisterschaft von Holland zu Ende gespielt. In der vorletzten Runde ereignete sich ein tragischer Vorfall. Dr. Olland, der zu den besten holländischen Schachspielern gehört, spielte gegen Rammung. Gerade in dem Augenblick, als er eine Figur gewann und damit einen scheinbaren Vorteil erzielte, wurde er am Schachbrett vom Herzschlag getroffen und starb im Laufe weniger Sekunden. Dr. Olland war 66 Jahre alt.

Untersuchung eines Brüdeneinsturzes. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat angeordnet, daß die Ursachen des Einsturzes der Brücke über den Terebla-Fluß in Karpathenrußland, der bei dem kürzlichen Hochwasser erfolgte, durch eine Sonderkommission untersucht werde, mit deren Leitung der Minister den Ministerialrat Aug. Adolf Janoušek beauftragt hat. Die Kommission wird diese Woche mit ihren Arbeiten beginnen, da ein früherer Arbeitsbeginn infolge des hohen Wasserstandes des Flusses Terebla nicht möglich gewesen ist.

Einer, der nicht sterben konnte. Ein Mann, dem es trotz siebenfacher Anstrengungen nicht möglich war, sich aus der Welt zu schaffen, ist von der Polizei des bosnischen Ortes Banjaluka verhaftet worden. Dieser Unglückliche wurde wegen verschiedener Verbrechen gesucht und wollte sich dem Arm der irdischen Gerechtigkeit entziehen. Er kletterte daher auf das Dach des Hauses, in dem er sich auf seiner Flucht befand. Als er einen Tunnel erreichte, da zeigte sich, daß sein Kopf unter der Tunneldecke gerade hindurchging und er umverkehrt blieb. Er kletterte also wieder in sein Aupce zurück, setzte sich einen Revolver an den Kopf und drückte ab. Aber — in seiner Aufregung hatte er vergessen, den Revolver zu laden. Nun wollte er es mit dem Hängen versuchen. Er befestigte einen Strick um seinen Hals, knüpfte ihn fest an das Gepäckstück und sprang von seinem Sitz herunter. Das Gepäckstück brach ab. Nun trank er eine Flasche aus, die mit einem Spirit gefüllt war, schnitt sich mit seinem Taschenmesser die Pulsadern auf und sprang dann aus dem Fenster des fahrenden Zuges. Doch der Sturz wurde durch Dichtgedämmung, in das er hineinsiel; die Schnittwunden waren nicht tief genug, um ein Verbluten zur Folge zu haben, und das Spirit erwies sich als nicht giftig. Er wurde, in lebendem Zustand aufgefunden, nach dem Krankenhaus gebracht und dort wieder ganz hergestellt. Als die Polizei erschien, um ihn zu verhaften, entfloh er aus seinem Hause und stürzte sich in den nahe gelegenen Fluß. Aber die Beamten zogen ihn heraus und brachten ihn in Sicherheit ins Gefängnis.

Der Brünner Scheckbetrug aufgefährt? Am 11. Juli wurde in der Filiale des Postschekamtes in Brünn ein Scheck der Filiale der Währischen Bank in Gullschim auf 75.000 Kr., der auf den Heberbringer lautete, antandlos ausgezahlt. Erst durch die Reklamation der Bankfiliale kam man darauf, daß der Scheck ursprünglich zur Auszahlung an die Bank lautete; der betreffende Zienpelsausdruck wurde jedoch auf heimischem Wege entfernt und der Scheck auf den Heberbringer umgeschrieben. Die Polizei vermutete den Betrüger unter den Angestellten des Postschekamtes. Die diesbezüglichen Nachforschungen waren auch von Erfolg begleitet. Es wurde festgestellt, daß in einer Gemeinde bei Brünn ein großes Gastmahl veranstaltet wurde und daß der Gastgeber, ein Angestellter des Postschekamtes, mit einer 5000-Kronen-Note zahlte. Der Angestellte wurde verhaftet und mit einigen seiner Kollegen einem strengen Verhör unterzogen, dessen Ergebnis im Interesse der weiteren Untersuchung noch geheim gehalten wird.

Schuldromone und Wirklichkeit. In Szarvas (Ungarn) hat sich unter Einfluß von Detektivromanen und Filmen eine jugendliche Einbrecher- und Räuberbande gebildet. Die Mitglieder der Bande, die durchwegs aus zehnjährigen zwölffährigen Knaben bestand, drangen unter anderem in ein Kino ein und raubten den Projektionsapparat sowie den Inhalt der Kassen. Dann plünderten sie noch kleinere Geschäfte. Sämtliche Mitglieder der Bande wurden festgenommen.

Die 11. Reichsberger Messe findet vom 12. bis 18. August 1933 statt. Sie umfaßt 21 Warengruppen, darunter in erster Reihe Textilzeugnisse, ferner Glas, Porzellan, Spielwaren usw. Eine besondere Sehenswürdigkeit wird die große Ausstellung „Die Frau und das Kind“ darstellen.



Internationaler Arbeiter-Sporttag

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Sig Aussig, beteiligt sich beim I. Internationalen Arbeiter-Sporttag in Aussig. Das Festprogramm und sonstige Weisungen gehen den Ortsgruppen und Gauen in den nächsten Tagen zu.

Im Anschluß an die Festtage werden zwei Halbtagausflüge nach Schredenstein, bezw. dem Pumps-Part und weitere acht Tagestouren mit dem Ziel: Milteschauer, bezw. Müdenberg, Röllendorf, Ruine Kamauk, Herrnskretsch, Tysjaer Schneeberg etc. durchgeführt.

Die Naturfreunde erwarten eine starke Beteiligung seitens ihrer Mitglieder. Anmeldungen, Auskünfte, Festkarten und Quartiere durch die Geschäftsstelle des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, Aussig, Marktpl. 11.

Hund Döllfuß. Der „hervorragende“ Tiroler Jurist Dr. Brantner wurde zu einer Geldstrafe von 1000 Schilling und zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er seinen Hund „Döllfuß“ getauft hatte.

Vom Rundfunk

Das veraltete Radiogerät

Der Volksschullehrer J. wollte den Kindern seiner Schule, von welchen bestimmt die meisten noch kein Radio gehört hatten, eine freudige Uebererraschung bereiten. Er beabsichtigte, aus eigenen Mitteln für die von ihm geleitete Schule ein Empfangsgerät anzuschaffen. In diesem Zweck schrieb er einer konzeptionierten Radiofirma um die probeweise Zusendung eines Radiosapparates, den er im Falle des Entschlusses kaufen würde. Die Firma kam seinem Ersuchen bereitwilligst nach und sandte ihm das gewünschte Empfangsgerät.

In Unkenntnis der schweren Bestimmungen des veralteten Radiogesetzes unterließ er aber, vor der Uebernahme des Apparates die vorgeschriebene Anmeldung beim zuständigen Postamt zu machen, d. h. die Einbringung des Ansuchens um die nötige Konzession für den Rundfunkempfang.

Er packte den eingelangten Apparat aus, montierte die Leitungen, schloß ihn an und ließ, bei feierhafter Erwartung der Kinder, den Rundfunk los. Der Apparat funktionierte tadellos, der Empfang war ausgezeichnet, die Freude in der kleinen hanakischen Dorfschule groß.

Noch am selben Tage schrieb er der Firma, daß er mit dem Apparat zufrieden sei und ihn behalte. Die Anmeldung des Empfangsgerätes beim zuständigen Postamt wollte er am nächsten Tage vollziehen.

Bevor jedoch der Lehrer seiner gesetzlichen Pflicht als Besitzer (Verwahrer) eines Rundfunkapparates nachkommen konnte, erriethen bei ihm zwei Gendarmen in voller Dienstausrüstung und nahmen mit ihm ein Protokoll auf mit dem Bedeuten, daß sie gegen ihn die Strafanzeige wegen Uebertretung des Radiogesetzes erstatten müssen.

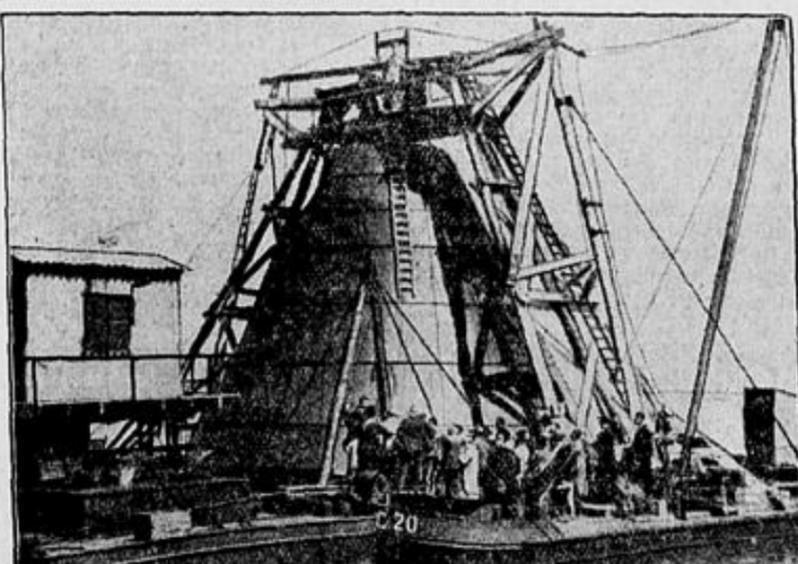
Alles Aufklären, alle Beteuerungen, auch die schriftliche Beweise, daß es ihm fernlag, „schwarz zu hören“, halfen ihm, dem praktischen Förderer des Rundfunks, nichts. Die Gendarmerie erhob gegen ihn die strafgerichtliche Anzeige, der Einzelrichter des Kreisgerichtes in Amüs verurteilte ihn zu drei Tagen Arrest, zwar bedingt, und um Verlust des Apparates. Es mußte (so wurde dem Anzugesklagten erklärt) mit Rücksicht auf die drakonischen Bestimmungen des unheilbaren Radiogesetzes eine Verurteilung erfolgen; ein Freispruch war angeblich unmöglich. Den vom Gerichte beschlagnahmten Radiosapparat im Werte von Kr. 2000.— mußte er der betreffenden Firma selbstverständlich bezahlen.

Das alte Radiogesetz hat schon gar vielen Förderern des Rundfunks unangenehme Uebererraschungen gebracht. Deshalb sei Voricht empfohlen auch allen jenen, die den Schulrundfunk praktisch fördern wollen.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag.

- Prag 11: Schallplatten, 17.45: Schallplatten, 18.30: Deutsche Sendung, 17.45: Neue Bücher, 19.10: Chorliederstunde, 20.25: Konzert. — Brünn: 10.10: Radio-Schrammel, 12.30: Konzert, 18.25: Deutsche Sendung. — Preßburg 12.30: Mittagskonzert, 21.30: Violinkonzert. — Wien 15.30: Kinderstunde, 17: Frauenstunde, 19: Sinfoniekonzert. — Frankfurt 15.30: Stunde der Jugend. — Weilsberg 20.35: Orchesterkonzert. — Breslau 16.30: Kinderfunk. — Mühldorf 2.15: Kammermusik. — Hamburg 20.10: Die beiden Schützen, Oper von Vorping. — Leipzig 14.30: Volksmusik, 20: Alte und neue Lönze. — Berlin: 15.50: Gitarrenmusik, 17.50: Bulgarische Volkslieder.



Ein Millionenschatz wird geborgen.

In der Nähe der westfrieschen Insel Terchelling liegt das Brad des im Jahre 1799 untergegangenen englischen Schiffes „Lutina“, in dessen Innern sich ein unermeßlicher Goldschatz befinden soll. Der deutsche Ingenieur Beders will sich mit diesem legesformigen Stahlsturm zu dem gesunkenen Schiff hinablassen und den Goldschatz heben.



Max Schmeling's Trauung.

Das Brautpaar beim Verlassen der Kirche.

Am Samstag fand in der alten Dorfkirche zu Saarow die kirchliche Trauung des populären Boxers Max Schmeling mit Anny Ondra statt.

Der Rat des Internationalen Institutes für Erziehungsfragen

In Genf hielt dieser Tage seine vierte Session ab. An den Arbeiten des Rates nahmen außer den Mitgliedern des Büros des Institutes Vertreter von 16 Staaten teil. Die tschechoslowakische war durch den Direktor des tschl. Pressendienstes in Genf R. Nepl vertreten. Der Rat verhandelte über folgende Fragen: Einfluss der Budgetersparungen auf das pädagogische Gebiet, Verlängerung des obligatorischen Schulbesuches, „Selbstgovernment“, Zutritt zu den Mittelschulen, Arbeiten nach Gruppen, Vorbereitung der Lehrer für Mittelschulen, Zusammenfassung und Organisation der höheren Erziehungsrate. Das Jahrbuch des Internationalen Institutes für Erziehungsfragen bringt diesmal detaillierte Berichte der Schulministerien über die pädagogische Tätigkeit von 33 Staaten. Der Rat berichtet ferner die Enquete über verheiratete Lehrerinnen. Diese unter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sehr aktuelle Frage gewann die Aufmerksamkeit von 43 Staaten, die auf den diesbezüglichen Fragebogen antworteten. Ueber die Berichte der einzelnen Staaten entspann sich eine sehr rege Debatte.

Das internationale Institut für Erziehungsfragen bezeugt einem wachsenden Interesse der Staaten und internationalen Fachinstitute, da seine bisherige Arbeit unerwartet positive Ergebnisse gereicht hat. Obwohl dieses Institut mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wird dieser Grundfehler durch die Opferfreudigkeit seiner Mitarbeiter bis zu einem bedeutenden Maße beseitigt, so daß das Institut bei dem fühlbaren Geldmangel doch prosperiert. Die internationale Lösung der wichtigsten Schul- und Erziehungsfragen wird immer öfters angestrebt, da die Ergebnisse der Enqueten in einer großen Anzahl von Staaten die Erreichung des Zieles erleichtern, und zwar ohne daß unangenehme und teure Erfahrungen gemacht werden müßten. Im Internationalen Institut für Erziehungsfragen arbeitet der Vertreter des tschechoslowakischen Unterrichtsministeriums Dr. Heller.

Brennspiritus auf glimmende Spähne. Der 13jährige Sohn des Fabrikarbeiters Willibald Janlo in Kalau machte im Küchenofen Feuer, und da das hierzu verwendete Holz nicht recht fangen wollte, schüttete der Junge, der allein zu Hause war, etwas Brennspiritus auf das glimmende Holz. In diesem Augenblick explodierte die Flasche und die brennende Flüssigkeit ergoß sich über das Gesicht, den Kopf, den Hals und die Schultern des erschrockenen Burschen. Auf die Schreie desselben eilten Nachbarn herbei und löschten die brennenden Kleider. Der Knabe erlitt Brandwunden ersten und zweiten Grades.

Der Salzsäuremagen. Der italienische Arzt Carlo Baldini, der dieser Tage in London auftrat, dürfte der einzige Mensch sein, der über einen „Salzsäuremagen“ verfügt. Baldini behauptet, einen saure-immunen Magen zu haben, der es ihm erlaubt, ganz ansehnliche Mengen verdünnter Salzsäure zu sich zu nehmen. Durch jahrelange Übung hat sich Baldini diese Unempfindlichkeit aneignet. Die Mediziner haben den Fall begutachtet und allerdings festgestellt, daß der Arzt von Natur bereits eine sehr geeignete Konstitution aufweise. Kürzlich wurde Baldini von einem Varietätendirektor angefragt, „gepantst“, das heißt allzu viel Wasser der Säure zugefügt zu haben. Infolgedessen sei der Direktor empfindlich blauvert worden. Der Richter wies die Klage jedoch mit der Begründung ab, man könne es keinem Menschen zutrauen, Gift auf Kommando zu sich zu nehmen, vielmehr wolle man die Gesundheitsbehörde zum Eingreifen veranlassen.

Stadion für 100.000 Sportler. Der Pariser Gemeinderat hat den Vorschlag für die Organisation der Internationalen Ausstellung Paris 1937 angenommen. Die Ausstellung wird im Herzen von Paris an beiden Ufern der Seine, und zwar in der Höhe des Trocadero und auf dem Marsfeld, errichtet werden, zu welchem Zweck die militärischen Verpflegungsmagazine demoliert werden sollen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die französische Regierung auffordert, für die im September 1937 in Paris stattfindende Ausstellung ein riesiges Sportstadion zu bauen, das für Übungen von 100.000 Sportlern berechnet sein soll.

Bulgarisches Allerlei.

Eine sonderbare Hotelordnung. Warna ist seit jeher Bulgariens bedeutendster Hafen am Schwarzen Meer. Ueberdies hat es sich seit wenigen Jahren zu einem komfortablen Seebad entwickelt. Mit durchaus berechtigtem Stolz wird es von den Bulgaren als die „Königin des Schwarzen Meeres“ bezeichnet. Die wunderbare Schönheit und die geschützte Lage dieses Seebades rechtfertigt vollumfänglich diesen Beinamen und übt von Jahr zu Jahr eine größere Anziehungskraft auf die Fremden aus, deren Ansprüche gerecht zu werden sich natürlich sowohl die Bevölkerung als auch die Verwaltung der Stadt alle Mühe geben. Vor allem natürlich die Eigentümer der durchaus nach europäischem Muster geführten Restaurationen und Hotels. Denn ansonsten ist es in dieser Stadt ziemlich orientalistisch. Dieser starke orientalische Einschlag, der sich am augenfälligsten in dem bunten Treiben der Märkte, und neben vielem anderen in dem Zigeuner- und Türkenviertel geltend macht, tritt dem Fremden auch entgegen, wenn er sich die Mühe nimmt, im Hotelzimmer die an der Tür angebrachte Hotelordnung zu lesen. Sie ist von der Vereinigung der Hoteliers Warnas beschlossen worden, daher in allen dortigen Hotels gleichlautend.

Die ersten vier Bestimmungen dieser Hotelordnung enthalten nichts, was von den üblichen Bestimmungen dieser Art abweichen würde. Aber dann heißt es:

5. Wird ein Bett von 2 Personen eingenommen, so ist dafür ein Zuschlag von 50 Prozent zu zahlen.

Also gewissermaßen eine „Lustbarkeitssteuer“, die der Hotelbesitzer einbehielt. Sie bietet aber immerhin die Möglichkeit, die Hälfte der Kosten für das zweite Bett zu ersparen. — Es folgen dann wieder einige Bestimmungen allgemeiner Art. Aber dann heißt es:

11. Die Hotelgäste werden gebeten, über Unordentlichkeit seitens der Bediensteten bei dem Hotelbesitzer Anzeige zu führen, jedoch sind sie nicht berechtigt, die Bediensteten zu beleidigen oder eigenhändig zu mißhandeln.

Das ist also schon echt orientalistisch! Denn in Mittel- und Westeuropa ist eine solche Bitte an die Hotelgäste wohl überflüssig. Aber in Warna steigen ja nicht nur Fremde aus Mittel- und Westeuropa ab und so mag dieses Erlauchen an die Hotelgäste keine Berechtigung haben. — Weiter heißt es kurz und bündig:

15. Alle Gäste müssen bis 24 Uhr (Mitternacht) im Hotel sein. Nach dieser Stunde wird das Hotel abgeschlossen.

Wer also dann noch draußen ist, der muß eben draußen bleiben! Und dann kommt die letzte draconische Bestimmung:

16. Diese Hotelordnung ist für alle Hotelgäste verbindlich. Diejenigen, die sie nicht befolgen, werden das Hotel verlassen müssen und werden in keinem anderen Hotel Aufnahme finden.

Warna, 15. April 1932.
Stampflicht der Hotelier-Vereinigung.
Unterschrift des Vorstehers.

Sie führen also ein strenges Regime, die Hotelbesitzer von Warna.

Und zum Schluß noch eine bulgarische Besonderheit, die nicht von den Hotelbesitzern, sondern vom Gesetz vorgeschrieben wird: In den Hotels gibt es keine Stubenmädchen, sondern nur männliche Bedienung. Dies wegen der Sittlichkeit, weil die Bulgaren sehr heißblütig sind.

Bulgarische Preiswunder.

Der Fremde erlebt, wie überall, so auch in Bulgarien keine Preiswunder. Bulgarisches Rosenöl hat Weltruf, und so jemand nach Bulgarien gereist ist, will er natürlich unter anderen Dingen auch Rosenöl kaufen, um es Angehörigen, Freunden und Bekannten zu schenken. Also fragte ich in gut drei Dubend Geschäften nach dem Preise dieses Oels und erhielt ebenfalls über voneinander sehr verschiedene Auskünfte. Der niedrigste Preis, der mir genannt wurde war 30 Lewa für ein Gramm, der höchste war 70 Lewa für das gleiche Quantum. „Ist es auch wirklich echt?“ fragte ich, weil mir gesagt worden war, daß dieses Öl auch aus Pflanzen erzeugt werde die mit Rosen nicht die geringste Ähnlichkeit haben. Natürlich sei das Öl echt, sagte jeder Ladeninhaber und war bereit, dies mit jedem Eid zu beschwören. Sagte ich dann, daß ich in anderen Geschäften die gleiche Versicherung aber abweichende Preise genannt erhalten hätte, bekam ich die Auskunft, daß es sich doch nur um minderwertige Surrogate, aber nicht um „echtes“, bulgarisches Rosenöl handeln könne. Aber Anhaber der drei Dubend Säden sagte dies. Um also ganz gewiß zu sein, kein minderwertiges

Ein Elefant macht eine Radiumkur. Ein interessantes Experiment wird augenblicklich bei einem im Tierpark von Los Angeles befindlichen Elefanten gefesterten Alters durchgeführt. Um die Kräfte des Tieres, das schon etwas an Altersschwäche leidet, aufzurichten, beschloß die Zooverwaltung, den Elefanten eine Radiumkur machen zu lassen. Seitdem wird jeden Morgen dem Trinkwasser des Tieres eine Portion radiumhaltiger Salze zugefügt, und es wird berichtet, daß die Kur dem Elefanten ausgezeichnet bekommt.

Rosenöl gekauft zu haben, habe ich überhaupt keines gekauft.

Als der Friseur seine Arbeit an mir beendet hatte und ich ihn um meine Schuldigkeit fragte, sagte er, allerdings auf bulgarisch: „Zwanzig Lewa.“ Und da ich etwas verwundert dreingesehen haben mochte, weil mir dieser Betrag für das bloße Rasieren doch etwas zu hoch vorkam, schrieb der Friseur auf einen Zettel die Zahl 20 auf. Ich zahlte und ging. Eine Woche später suchte ich ihn wieder auf, ließ mir Bart und Haar schneiden und war darauf gefaßt, diesmal den doppelten Preis bezahlen zu müssen. Aber zu meiner Ueberraschung malte derselbe Mann wieder eine „20“ auf einen Zettel.

Sowohl im Hafen als auch beim Badestrand schauen Ander, Segel- und Motorboote, deren Führer darauf warten, daß man sie für eine Bootsfahrt aufnehme. Wir wollten zu viert vom Hafen aus nach dem vier Kilometer gegenüber liegenden Leuchtturm von Galata hinüber und fragten einen der Bootsführer, was er dafür verlange. 200 Lewa, sagte er, obwohl die behördlich festgesetzte Tare pro Person (Hin- und Rückfahrt) 120 Lewa ist. So viel boten wir ihm nun. Wir feilschten mit ihm; er erwähigte sein Verlangen auf 100, 180 und so fort, bis er auf 150 Lewa beharrte. Billiger könne er nicht. Wir drehten den Spieß um und boten ihm nur 80 Lewa, also weniger als die Tare. Und da er sich den Verdienst doch nicht entgehen lassen wollte, wir aber Miene zum Fortgehen machten, packte er einen von uns und führte ihn zu einer Tafel, auf der die behördlich festgesetzte Tare angehängen war, die wie folgt in diesem Falle einschließt: der Wartezeit am gegenüberliegenden Ufer, 120 Lewa ausmachte. Mit der Wartezeit, die wir zum Besuch des Dorfes Galata nutzten, dauerte der Ausflug knappe vier Stunden.

Tags darauf wollten wir vom Badestrand aus eine einstündige Ruderbootsfahrt unternehmen. Einer wie der andere Bootsführer verlangte aber für die Stunde 70 Lewa. Diesmal zerstückte sich der Handel, obwohl der Mann sich schließlich erbötig machte, um die Hälfte des ansangs geforderten Betrages zu fahren.

Vergleichen Preiswunder erlebt man dort stündlich. Das macht die Nähe des Orients. Also muß man feilschen und „handeln“. Und sie lassen gerne mit sich „handeln“: die Bootsführer, die Rechner, die Geschäftsleute, alle! Dies sei zu Ruh und Frommen des Lesers ausdrücklich hinzugefügt.

Geschminkter Eisenbahnbetrieb.

Bulgarien ist ein sehr schönes, aber verarmtes Land. Der im Jahre 1912 ausgebrochene Balkankrieg, dem ein Jahr später der zweite folgte, und dann gar der Weltkrieg haben das Land gar eig mitgenommen. Aber das arme Land verbißt keine Rot vor den Fremden.

Der „Bäder-Expreß“, der jeden Mittwoch und Samstag zwischen Ruzsich und Warna verkehrt, dient eigens zur Beförderung der Fremden, die mit den Expreß-Dampfern der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft antommen. Damit diese Fremden nicht leben, wie es ansonsten in Bulgarien wirklich aussieht, wird die Armut unter ein wenig Schmink verborgen, so gut es geht. Blumen und Fächerpalmen schmücken die Bahnsteige der Stationen, die der Bäder-Expreß durchfährt, und der Stationsvorstand steht in einer makellosen Uniform. Bequeme, weißlackierte Korbfessel stehen einladend auf den rein gefegten Bahnsteigen. Und die Schaffner des Bäderzuges sind „wie aus einem Schachtel gezogen“: in tadelloser Uniform, mit weißer Mütze und Lackschuhen.

„Das ist nur so, wenn der Expreß fährt“, erklärt mir ein mitfahrender Bulgare im abrochlenen Deutsch. „Ist der Expreß weg, dann werden die Blumen und Fächerpalmen und die Korbfessel, auf die sich kein Einheimischer setzen darf, ins Magazin zurückgebracht. Der Stationsvorstand zieht seine schone Uniform aus und die alle, geflickte wieder an. Seine schone Uniform muß er sich selber kaufen. Und den Gehalt bekommen die Beamten ratenweise und viele Monate im nachhinein. Und die Schaffner, die mit dem Expreß fahren, müssen sich auch selber die Uniform kaufen. Wer es nicht kann, wird nicht eingekleidet zum Schnellzug. Er muß Dienst machen beim Personenzug oder beim Güterzug.“

So sprach der Bulgare und gab mir noch über so mancherlei Aufschluß. Einige Tage nachher bin ich auf derselben Strecke ein Stück mit dem Personenzug gefahren. Und tatsächlich waren die Stationen ohne Blumen- und Palmen schmuck, auch die schönen Korbfessel fehlten und die Stationsvorsteher und Schaffner trugen in abgetragenen schlichten Uniformen.

Es ist ein schönes, aber armes Land dieses Bulgarien! Stolz verbirgt es seine Armut vor den Fremden, die es im Bäder-Expreß durchziehen. Heinrich Solek.

Namen mahnen

Ein holländischer Mitarbeiter schreibt uns: Mendes da Costa, Cologo de Montero, Lopes Cordoso, Lopes Diaz — was bezeugt man diesen klangvollen Namen? An den Haustüren von Amsterdam sind sie zu lesen. Sie erinnern daran, daß es vor mehr als 400 Jahren einmal eine Judenverfolgung aus Portugal gegeben hat und daß es die Holländer waren, die die vertriebenen Juden aufnahmen. (Ein Nachkomme dieser portugiesischen Flüchtlinge war u. a. der berühmte Philosoph Spinoza.)

Nun, das sind feststehende Dinge. Warum wird daran erinnert? — Weil sie ein Prüffeld für die Richtigkeit gewisser Theorien abgeben. Wenn nämlich die nationalsozialistische Lehre recht hat, so müssen die Portugiesen infolge ihrer Selbstreinigung vom jüdischen Gift seit 1500 mächtig emporgeblüht sein, während die Holländer, die sich leichtfertig selber mit diesem blutfaengerischen Parasitenwoll infizierten, sicherlich elend verkommen. . . ?

Und so war es in Wirklichkeit: Portugal, das sich um 1500 mit Spanien in den Besitz der Seeherrschaft und der Kolonien teilte — es war u. a. seit Vasco da Gama im Besitz von Vorder- und Hinterindien —, stürzte im folgenden Jahrhundert von der hohen Höhe und sank zu einem der zurückgebliebensten Länder Europas herab. Die Niederlande erlebten dagegen im 16. und 17. Jahrhundert eine ungeahnte Blüte als Kultur-, Handels- und Seemacht, und wenn sie auch gegen England die Seeherrschaft nicht auf die Dauer behaupten konnten, so blieben sie doch eines der reichsten und mächtigsten Länder der Welt, ein Land, so wohlhabend, daß es jetzt den Bankrott seines deutschen Schuldners erlebt, der ihm zuka 2 Milliarden schuldet, ohne daß dadurch eine Panik oder ernstliche Zahlungsschwäche in Holland entsteht!

Portugal ohne Holland mit Juden. Ist diese Entwicklung rein zufällig? Man schlage den sechsten erschienenen 14. Band des „Großen Brockhaus“, des wegen seiner Objektivität allgemein anerkannten deutschen Konversationslexikons, auf. Dort liest man unter „Portugal“ folgendes:

„Dem spanischen Königspaar zu Gefallen, vertrieb er (König Emanuel I. von Portugal) in den Jahren 1496/97 die Juden und die nach dem Fall Granadas ins Land gekommenen Mauren oder ließ sie zwangsweise taufen. Damit aber beraube er Portugal der fleißigsten und wirtschaftlichsttätigsten Volksklasse. Die Blanzzeit Portugals trug überhaupt schon den Keim des Verfalls in sich.“

Das paßt wahrlich schlecht zu Hitlers Theorie, daß die Juden es sind, die den Verfall ihrer Vorkulturerbe herbeiführen. — Wird nun übrigens auch der „Große Brockhaus“ auf den Scheiterhaufen der deutschen Bücherinquisitoren wandern? Doc.

Karriere in Mussolinie.

Der italienische Kolonialminister General Emilio De Bono ist, nach den letzten Nachrichten, zum Armeekommandanten ernannt worden. Interessant und für jeden „Mazikrieger“ nachahmenswert, ist die „faschistische Karriere“ dieses Mannes.

Während des Weltkrieges wurde er wegen Unfähigkeit abgebaut; als aber 1919 der Fasismus entstand, meldete er sich als einer der ersten und wurde, nach der Machtergreifung, zum Senator und Präsidenten der gesamten Polizei Italiens ernannt. Als solcher spielte er eine besonders hervorragende Rolle, als der Sozialistführer Giacomo Matteotti auf Befehl Mussolinis ermordet wurde. Er nahm die Mörder in seinen unmittelbaren Schutz und bemühte sich, die Spuren des Mordes aus der Welt zu schaffen, indem er u. a. den Handlanger, der die blutbesiedelte Wäsche und Kleidung Matteottis enthielt, in seinem Anstramp verbrannte! Deswegen und unter der Beschuldigung der Mittäterschaft mußte De Bono vor dem hohen Gerichtshof des Senates sich verantworten, wurde jedoch wegen „ungenügender Beweise“ freigesprochen. Diese Formel ist unter der faschistischen Herrschaft und gegenüber einem hohen Würdenträger des Systems vielgesehener; aus dem Urteil, das vom Präsidenten des hohen Gerichtshofes, General Zuppelli abgefaßt wurde, ging deutlich hervor, daß die Schuld De Bonos voll bewiesen war, daß aber die Senatoren sich gefürchtet hatten, ihn zu verurteilen! Die Regierung ernannte ihn sodann, als Belohnung, zum Gouverneur der Kolonie Lybien und ihm, wie dem Truppenführer General Graziani kommt das Verdienst zu, in zwei Jahren die Kolonie auf faschistischer Art „befriedigt“ zu haben. Von 240.000 einheimischen Bewohnern wurden achtzigtausend, also ein gutes Drittel, darunter Frauen, Kinder und Greise auf grausamste Art umgebracht, teils durch Degimierung, teils durch Verschleppung in Konzentrationslager und Verhungern. Dieses Kapitel der faschistischen Politik steht vielleicht einzig da in der Kolonialgeschichte moderner Zeit!

Zum Kolonialminister ernannt, erhält heute De Bono die höchste Belohnung für seine vielfachen Verbrechen im Dienste der faschistischen sogenannten „Ade“ und der Faschismus beweist neuerdings, daß er überall, ob in Italien oder in Deutschland, das Gleiche ist: Ein „vinculum secleris“, ein Verbrecherbündnis, dessen einzige aufbauende „Ade“ in der Besetzung der höchsten Staatsstellen besteht!

Aus der Partei

Betriebsorganisation Prag.

R. W. S. S. Alle Mitglieder am Donnerstag, den 27. ds., am Platz auf dem Bohofelec pünktlich um 7 Uhr gestellt! Ausgabe der Legitimationen.

Der Film

Unter der schwarzen Sturmflagge.

Die jetzt aus- eventuell gleichgeschalteten Produzenten mehr oder weniger deutscher Junge haben uns immer vorgeworfen, daß wir zu Unrecht neben ihren Dreh- auch ihre Hauptbühnen in den Kreis unserer inderkreten Betrachtungen gezogen haben; und daß wir also unserer „rein kulturellen“ Aufgabe nicht gerecht wurden. Denn was geht es denn schon den Kinobesucher an, wieviele von seinen Eintrittsgroschen in die Taschen jener gleiten, deren einzige Beziehung zur Kunst und Kultur der Kunden alphabetisch geordnete Bilder- oder Reklamebücher sogenannter Film-Arbeiter sind. Dieser Stellungnahme können wir bei Betrachtung des Filmes „Deutschens leicht“ entzagen; das Karriereproblem Lippmanns-Generaldirektor mit Herz, oder Handschuhmacherin-Ruffenar, eventuell Wäckerinadel-Herzig von Bademünde oder gar Postadjunkt-Generaldirektionspräsidenten ist unaktuell geworden, seit Deutschland den offiziellen Gemeinnutz vor den Eigennutz dadurch gestellt hat, daß es durch eine Filmbank die Kalkulationen des Kassenerfolges überfällig machte. Natürlich will der staatliche Rangierbahnhofs des Filmgeldes ein Entgelt; und so wendet er sich im ersten Werk an die Bauern, dem Grundpfeiler jedes neuaufzubauenden Staates.

Die Hartkops sind seit vierhundert Jahren Besitzer des Stahlhofs; Herrmann heiratet, wie sich schon schied, als acht deutscher Mann ein armes Nordmädchen und muß eine Hypothek aufnehmen. Die Jinsen (sie warten ja auch noch heute auf die Brechung) drücken und Lebenerg zahlt für das Korn natürlich nur Schundpreise. Als Annamarie erkrankt, da laßt Herrmann eine Drechmaschine. Und gibt für die Jinsen einen Wechsel, der in fremde Hände kommt. Die Siedlungskommission ist ebenso hart wie Lebenerg und die Versteigerung naht. „Bonzen“ haben kein Herz für deutsche Not, also rotten sich die Bauern zusammen und vertreiben mit und ohne Trugbild von der schwarzen Rot den Exekutor. Der kommt aber wieder, und da vorher Annamarie stirbt, zündet Herrmann seinen Hof an. Denn niemals darf ein echter deutscher Hof in Feindehand fallen. Jinsler ziehen die Bauern an der Brandstätte vorbei; Herrmann hat sie vor der Revolte bewahrt, man zieht den Hut, singt trotzig und schon erscheint Dittler als Männerfurch und erzählt das Wort von der Befreiung des deutschen Bauern.

Das ist der sozialistische Film; er kämpft gegen das „System“, ohne zu sagen, was er darunter versteht. Er zeigt die Not der Unterdrückten, so als ob er für sie etwas zu tun bereit wäre, er läßt die vom Kapital ausgebeuteten kämpfen, aufstehen (nur im Film natürlich), er sagt aber gleich hinterher, daß der Opfertod in den Kämpfen besser sei als Widerstand, er läßt seine Schützlinge jagen und stürmen und niemals kann man entdecken, worum gekämpft wird. Die Jinsen bleiben bestehen, Dittlers Förderer waren jene Günstlinge der Siedlungsgesellschaften, die jetzt als Volkstrend dastehen müssen. Und niemand geht den wahren Ausbeutern an den Leib; besser an den Geldsack. So steht also der sozialistische Film da: verlogen, wie sein noch nicht gleichgeschalteter Vorgänger; einzig bestrebt, als erstrebenswert darzustellen, was nur den Machthabern als annehmbar erscheint; zu bluffen und zu betrügen, wiederzubringen und raffiniert geistig zu vergewaltigen.

Kleiner Mann, siehst Du es ein?

Mein Wirt, Angestellter eines jüdischen Kaufhauses, war bis zum 5. März ein unpolitischer Spieler. Nun, nach dem politischen Umschwung, hat er plötzlich sein politisches Gewissen entdeckt: er ist, wie so viele, Brotnazi — so heißt man bei uns die aus Brotangst gewordenen Nazi — geworden. Natürlich darf ihm das niemand sagen, weil er da teufelswird wird. „Schon immer bin ich Nationalsozialist gewesen, nur habe ich das nicht in die Welt hinausposaunt.“ Man kennt diese Rede, die immer endet: „Der Führer Hitler wird es schon machen.“

Nach dem 5. März war mein Wirt zu meinem Aufpasser gemacht worden, und er nahm sein Amt genau. Leider aber war er in seinem Eifer so naiv, daß er mich das wissen ließ. So kontrollierte er vergebens meine Korrespondenz, fragte meine Besucher umgehend aus und durchsuchte meine Bibliothek. (Das hatte übrigens schon die SA anlässlich einer ergebnislosen Haus-suchung getan.) Dieser Aufpasserposten macht ihn zum Amtswalter, er durfte das Hoheitszeichen seiner Partei tragen, aber er mußte nun auch überall dabei sein. Dankbarer Mensch besorgte er Hitlerbilder und gerahmte weise Aussprüche des Dsafs und schmückte damit die Wände seiner Wohnung.

So ganz nebenbei versuchte er, mich zu überzeugen. „Sehen Sie, alles Anstimmeln gegen unsere Revolution ist unnütz. Machen Sie es wie Ihr Kollege Max Barthel und kommen Sie zu uns! Wir brauchen solche Leute wie Sie!“ Das sagte er mir, als ich aus vierzehntägiger Schubhaft zurückkehrte. Als Antwort brummte

Perfektler dieses ersten Films ist natürlich ein „Vor-trupp“; Regie Rolf Conjevski-Jamrowski, der so-gar vor der UFA entlassen werden mußte. Und die Technik? Auch hier eine Kopie der Russen. Das ist neuer deutscher Filmgeist! Walter Lustig.

Sport • Spiel • Körperpflege

Wiener Arbeiterfußball. Am Sonntag wurden eine Reihe von Freundschaftsspielen ausgetragen, von denen die wichtigsten waren: Nord-Wien gegen Floridsdorf 7:1 (1:1), Favoritener AC gegen Neutal 3:0 (1:0), Landstraßer Sportfreunde gegen Floridsdorf 1:1 (1:1), Meppisto gegen FC 33-Stras-baden 4:3 (3:2), Feuerwehr gegen Hönitz 4:1 (2:1), Germania-Interbrotsfabrik gegen Leopoldsdorf 6:2, Hochstadt gegen Guntramsdorf 5:3 Delfort gegen Hadzag 3:0 (1:0). — Zentralverein weiße Sonntag und Sonntag in Linz und schlug am ersten Tag Admira, den oberösterreichischen Meister, 5:2 (2:0) und tags darauf eine Stadtmannschaft 6:2 (2:1).

Radrennen der österreichischen Arbeiterradfahrer. Die Fernfahrt „Rund um Wien“ über 140 Kilometer brachte ausgezeichnete Zeiten bei allen Teilnehmern. Bei den Hauptfahrern siegte Hamel (Freiheit, Wien) in 4:07:47, bei den Junioren Weidinger (Leopoldsdorf, Wien) in 4:08:30 und bei den Senioren Teisler (St. Pölten) in 4:22:47. — Die Bergmeisterschaft von Nieder-österreich, die erstmals auf der neuen Bergstraße auf die Höhe Wand vom Kreis Wiener-Neustadt ver-anstaltet wurde und über drei Kilometer führte, wurde von Albin (Rudolfsheim, Wien) in 11:26 gewonnen.

Handball-Weltmeister des 17. Turnkreises in Oesterreich wurde, wie erwartet, der letzte Bundes-meister des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes Stadlau-Wien, der im Entscheidungsspiel Reunfäden mit 12:7 (8:4) schlug. So sicher aber, wie das Resultat belegt, gewann Stadlau nicht, denn seine Verteidigung zeigte diesmal ein schwaches Spiel. — Die Faustballmeisterschaft dieses Kreises fiel an Berndorf, das Modling mit Gluck ausschaltete. — Die Raftballmeisterschaft brachte keine Entscheidung, da die beiden Finalisten, Aggersdorf und Mittelbach 6:6 (3:0) spielten, so daß ein Nachspiel erforderlich ist, das aber erst bei den Ende August stattfindenden österreichischen Meisterschaften ausgetra-gen werden wird.

Eine schöne Leistung im Stennen vollbrachte bei einem Turnier des AK. Achilles Wien der Arbeiterathlet Auer (Höllriegel, Wien), der bei einem Körpergewicht von 65 Kilogramm im beidarmig Reißen 90 Kilogramm und im freien Stoßen 125 Kilogramm erzielte. Das Turnier gewann der veran-staltete Verein mit einer Relativleistung von 1575,5 Kilogramm.

Bürgerlicher Sport.

Unter solcher Flagge. Vor kurzem spielte in der Tischtennisabteilung der Wiener Fußballklub Sparta, jedoch nicht unter seinem, sondern unter dem Namen Brigittenauer AC. Der Verein hatte so zahlreiche Abmahnungen abgesehen, daß er innerhalb von 14 Tagen zwölf Spiele ausgetragen gehabt hätte. Auf der Reife des „Cupfinalisten Brigittenauer AC.“ kam es zu Verhandlungen, Kaufverleihen und Nichterhaltung von Spielen. Der wirkliche SAC verlangt nun vom Oesterreichischen Fußballbund eine entsprechende Zühne für den Namensmißbrauch.

Die Maffabiade, die olympischen Spiele der jüdischen Sportler, die Anfang August in Czernowit (Polen) vor sich gehen sollte, wurde, wie eine Wiener Meldung besagt, von der dortigen Polizeidirektion verboten, da eine jüdenfeindliche Partei in Flugblättern gegen diese Veranstaltung in nicht mißzuverstehender Weise „Stimmung“ machte.

ich etwas Unverständliches, was ihn sichtlich be-friedigte, denn es konnte ebenso gut ja wie nein bedeuten.

Wie gesagt, mein Wirt ist ein tüchtiger Hitlerianer; blind gläubig bis ins Mark, gehor-sam, vollkommene Angebornatur, Leugner aller Fehler, ganz und gar kritisch und obendrein streberhaft und durch und durch geldgierig. Ist er wirklich der tüchtige Hitlerianer? Ja, nach außen hin. Und nach innen? Als die erste SA-Referde ausgeschrieben wurde — jedes NSDAP-Mitglied muß sich zur SA-Referde melden — meuterte er zum ersten Male vor sich hin. Neht traf es seine Person! So hatte er nicht gewettet! Schön, den Parteibeitrag und die anderen vielen „Opfergaben“ bezahlte er gern und mit ganzem Herzen, aber er nahm dabei an, daß er damit auch die braunen Soldaten seines Dsafs bezahlte. Daß er selbst einmal — ganz in logischer Folge seines Beitritts zur NSDAP — mitmarschieren und mitexerzieren mußte, wollte ihm gar nicht in den Kopf. So schimpfte er in seinen vier Wänden, und die Frau schimpfte auch, denn der Mann ist die ganze Woche für die Partei unter-wegs. Ja, wenn das Gehalt — wie man annahm — gestiegen wäre! Gerade umgekehrt ist es gekommen! Diese neuen Abgaben und so! „Das wird alles noch“, tröstete mein Wirt seine Frau. „Man muß Geduld und Vertrauen haben!“ Er selbst glaubt aber nicht mehr recht!

Ich bin stolz, meinen redlichen Teil zu dieser Glaubenserschütterung beigetragen zu haben. Was mich besonders erfreut, ist, daß ich meinen Wirt mit seiner eigenen Presse schlagen und aufmerken lassen konnte. Da brachte der „Freiheitskampf“ — der jetzt in der gestohlenen Druckerei der Dresdner „Volkzeitung“ gedruckt

Außerdem soll man einem Attentatsplan gegen den Vorsitzenden der Maffabi-Weltorganisation auf die Spur gekommen sein. — Die Maffabiade soll nach noch nicht bestätigten Meldungen nach Prag ver-legt werden.

Zum um ein Länderpiel. Der Verbandspiel-leiter des DFB, Dörrl hatte mit dem Sekretär der Wiener Spielunion ein Länderpiel DFB-Wien um den Preis von 10.000 Kr nach Wien abgeschlo-

Schwibbuden, Wanderindustrien und Zigeunerfabriken in USA.

Hinter den Kulissen der „Offasionsverkäufe“

Zu immer verführerischen Lodungen muß der Kampf um den Kunden seine Zuflucht nehmen, wenn er in einer Zeit der Massenverarmung neuen Kaufreiz schaffen will und nirgendwo wird dieser Kampf mit verbissenerer Hartnäckigkeit und mit marktschreierischeren Methoden geführt als in den Vereinigten Staaten. Die Anzeigenblätter der ameri-kanischen Zeitungen sind in erheblichem Maße mit Ankündigungen von Offasionsverkäufen ausgefüllt, die „die billigsten Preise in der Geschichte Amerikas“, „Seidenstrümpfe zum Preise von Baumwollstrümpfen“, „Pelzmäntel von 850 auf 72,95 Dollar herab-gesetzt“ und andere „wie wiederkehrende Gelegen-heitskäufe“ versprechen. In vielen Fällen scheint es in der Tat völlig unerklärlich, wie in Anbetracht der noch immer beträchtlich hohen Arbeitslöhne Ameri-kas der Fabrikant bei solchen Preisen auf seine Rech-nung kommen kann.

Die Ergebnisse einer vom amerikanischen Arbeits-amt gemeinsam mit der Verbrauchervereinigung durch-geführten Untersuchung bieten eine Erklärung, deren Veröffentlichung selbst in den für derlei Dinge einigermaßen abgeklärten Vereinigten Staaten er-schütternd und aufwühlend wirkten. Dreierlei Er-scheinungsformen stehen nach diesem Bericht im Ur-sächlichsten Zusammenhang mit den erstaunlichen Tief-preisen vieler Offasionsverkäufe: das Wiederaufblü-hen der berüchtigten „Sweatshops“ mit ihrer rückwärtslosen Ausnützung menschlicher Arbeitskraft zu Auslöshnen, die Wanderindustrien und die sogenannten „Zigeunerfabriken“.

Kenzeichnend für das Wesen des Sweatshops ist eine große Wertstätte in Massachusetts, in der nach dem offiziellen Bericht Mädchen Näharbeit gegen einen Stücklohn leisteten, der etwa einem Cent für die Arbeitsstunde entsprach. Aller ameri-kanischer Puritanismus bewachte diese Mädchen nicht davor, daß sie auf ihre Forderung nach Lohn-erhöhung die Antwort erhielten: „Warum geht ihr des Abends nicht auf die Straße? Ihr seid hübsch genug, um euch einen Nebenverdienst zu verschaffen.“ Und in Pennsylvania fand das Untersuchungs-komitee Frauen, die zwölf bis vierzehn Stunden des Tags gegen wahre Hungerlöhne arbeiteten, eine Fabrik, die zum größten Teil Kinder beschäftigte und Arbeiterinnen, die siebzig Cents die Woche ver-dienten. Und derlei „Arbeitsbedingungen“ waren durchaus nicht auf Pennsylvania und Massachusetts be-schränkt.

Der amerikanische Bundesstaat Connecticut lennt so gut wie keine Arbeiterkündigungsgesetze. Dies machten sich New Yorker Konfektionsfirmen zunutze. Sie liehen Kleidungsstücke in New York maschinell zuzubereiten, brachten die Halbfabrikate des Nachts in Autos nach Connecticut, wo sie in derart aller-öglene Spotentenden Betrieben und zu so geringen Löhnen fertiggestellt wurden, wie sie in New York unmöglich wären.

Eine Spezialität Connecticutens bilden auch die sogenannten „Zigeunerfabriken“. Unter einer Fabrik stellt man sich gewöhnlich einen soliden Ziehbau mit niet- und nagelfest besetzten Maschinen vor. Aber Spänen der Wirtschaftskrise sehen eines Tages eine Fabrik in Betrieb, die zwei Wochen hindurch Tag und Nacht arbeitete und eines Tages wieder ver-schwand. Eines schönen Tages mietet ein Frem-

den. Die deutschbürgerliche Presse war damit aber nicht einverstanden und entsetzte ein Kampagne gegen dieses Spiel, dessen Hauptargument die nie-drige Entschädigung bildete. Der DFB-Vorstand hat den „Wint“ verstanden und das Match abge-sagt. Auf Hammer sind nun, wie die Wiener Blätter be-richten, die Tschechen böse, weil er angeblich versucht habe, tschechische Spieler für Frankreich zu kapern. — Das sind Sorgen

der in einem billigen Wohnort eines der vielen leergewordenen Stadwerke und statet es mit einer ganzen Batterie von Nähmaschinen aus. Eine An-kündigung besagt: „Arbeiterinnen werden aufgenom-men“ und diese strömen auch in hellen Scharen her-bei. Die Fabrik ist fertig. Der „Fabrikant“ mietet nur auf kurze Zeit, zahlt keine Steuern und als Arbeitslöhne Beträge, mit denen nicht einmal ein chinesischer Kuli zufrieden wäre. Seinen Räberin-nen sagt er, daß er ihnen anständige Löhne bezah-len würde, „sobald sie sich eingearbeitet hätten“. Aber nach vierzehn Tagen ist er verschwunden und keine Arbeiterinnen haben während dieser Zeit 70 Cents, 90 Cents oder, wenn es gut geht, ein einhalb Dol-lar verdient. Die Damenkonfektionsgeschäfte können wieder „unerhörte Gelegenheitskäufe“ ankündigen.

Nach solchmmer sind die Verhältnisse in der Heimarbeit. Es wurde festgestellt, daß Heimarbei-terinnen dafür, daß sie ein Duzend Hemden ein-säumen, mit Säumnern verlohnen und die Knopflöcher stichien, 20 Cents erhielten. Diese Hemden wurden für Dollar 1.19 das Stück verkauft. Ein wirklicher Offasionspreis, nicht wahr?

Eine neuartige Methode der skrupellosen Aus-beutung menschlicher Arbeitskraft ist der „Bon-den-in-den-Mund-Verkauf“. Von ihr machen jene Fabrikanten Gebrauch, die sich unmittelbar zum Detailisten mit folgendem Vorschlag begeben: „Wozu brauchen Sie einen Zwischenhändler? Wenn Sie bei mir bestellen, erzeuge ich unmittelbar für Sie und zu den billigsten Preisen unter Vermeidung des Profits des Zwischenhändlers.“ Das klingt ver-nünftig. Wenn der Fabrikant eine Bestellung er-hält, eilt er sofort zu seinem Vorarbeiter. „Wir müssen binnen vier Tagen dreitausend Objomas fertig haben. Alles muß Tag und Nacht arbeiten.“ Die Arbeiterinnen freuen sich zuerst. Aber nach zehn Stunden enijger Arbeit fallen vielen die Augen zu, andere werden ohnmächtig und ermattete Rin-ger werden von den unablässig niederfallenden Steppnadeln durabohrt. Nach vier oder fünf Tagen ist alles vorüber. Die gesamte Arbeiterkraft wird wieder entlassen und die Fabrik geschlossen. Wenn ihr Besitzer wieder einen Auftrag bekommt, fängt der Spul vom neuen an.

Derartige Arbeitsbedingungen finden sich dur-aus nicht nur in der Konfektionsindustrie. Der Be-richt des Untersuchungskomitees weiß auch von einer Spielzeugfabrik in New York zu berichten, die ihren vollbeschäftigten Arbeitern zwei Dollar die Woche bezahlte, und von Tabakarbeiterinnen, die einen Stundenlohn von acht Cents bezöhen.

Die amerikanische Konsumentenliga, die schon bei mehreren Anlässen anzuwendenswerte soziale Geisung bekundet hat, knüpft an diesen Bericht des Grauens lediglich die Mahnung, die Käuferkraft möge sich bei Offasionsverkäufen mehr als bisher für den Ursprung der feilgebotenen Waren inter-essieren und sie zurückweisen, wenn der Verdacht be-steht, daß ihre Billigkeit nur durch „weiße Sklaven-arbeit“ ermöglicht wurde. Sie scheint also nur wenig Hoffnung zu haben, daß der Staat selbst durch gesetzgeberische Maßnahmen den Spänen der Wir-tschaftskrise das Handwerk legen wird.

Dr. Leo Karlen.

wird — in einer Nummer drei Notizen über die Konsumvereine. Die oberste Wirtschaftsstelle der Parteileitung gab amtlich bekannt, der Kampf gegen die Konsumvereine sei mit allen Mitteln und mit aller Schärfe weiterzuführen, zumal da sich die Konsumvereine durch die „marxistische Mißwirtschaft“ nicht mehr lange halten könnten. Weiter unten wurde von einer Versammlung des „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes“ (eine Naziorganisation) berichtet, in der der Kommissar der Nazi für die Konsumvereine aus-führte: „Die Konsumgenossenschaften sind als Preisregulanten heute notwendiger denn je; ihr Bestehen schadet dem gewerblichen Mittelstande in keiner Weise, ihr Wegfallen aber ruiniert viele kleine Existenzen.“ Und auf der letzten Seite brachten die Konsumgenossenschaften ein Muß-inferat: „Arbeiter! Konsumvereine sind die Spargroschen nicht gefährdet! Haltet der Ge-nossenschaft die Treue.“ Mein Wirt fand in diesen Notizen keinen Widerspruch. Merkwil nachdenk-licher wurde er einige Tage später: In einer NSDAP-Versammlung wurde gesagt, daß bald alle Lebensmittel billiger würden, allerdings müßten vorerst im Interesse der Bauernschaft die Butter- und Fettpreise erhöht werden. „Was ist das für ein grober Unfug, zu sagen, die Lebensmittel werden billiger, zuvor aber müssen die Preise steigen?“, schimpfte mein Wirt. Es sollte noch besser kommen. Eines Tages ist er aufgeregt. „Hier steht es schwarz auf weiß: die Volkshilfe (sic) hatte ihn vor Jahren für diese Versicherung der Verkräftigen gewonnen) steht vor dem Zusammenbruch. Die Bonzen haben sie heruntergewirtschaftet.“ Er wünschte ein Cil-schreiben an den Vorstand der Versicherung,

abmelden wollte er sich. Ich versicherte ihm, daß die Sache wohl nicht so schlimm sei, wie sie dar-gestellt wird, vielleicht sei überhaupt nichts Wahres daran. „Dann werde ich in der nächsten Parteiversammlung aufmucken!“ Er hat nicht aufgemuckt — weil er nicht aufmucken darf! —, obwohl schon nächsten Tages die Meldung über den bevorstehenden Bankrott der Volkshilfe wider-rufen wurde: „Es hat sich nach nochmaliger Prüfung herausgestellt, daß sich die genossen-schaftliche Versicherung „Volkshilfe“ in ge-ordneten und sicheren Verhältnissen befindet. Da-nunmehr die Vorstandskämter in Händen von Nationalsozialisten sind, ist kein Grund zu Be-unruhigungen mehr vorhanden.“ Ich könnte dieser Dinge noch viele anführen. Nedenfalls, meinem Wirt geht es wie so vielen Nazis jetzt: nach innen hin sind sie wankelmütig geworden, nach außen hin allerdings schwören sie noch auf Hitler und seine Garde; sie schwören, weil sie schwören zu müssen glauben!

Dieser Weg meines Wirtes ist kein Einzel-fall. Er verkörpert das Schicksal des politischen Spielers, und es ist zu glauben, daß diese Leute bei geschickter Behandlung einst zu formen sind zu Klassenkämpfern. Sie, die bisher Indifferen-ten, sind mitgerissen in den politischen Strudel. Sie werden die braune Enttäuschung überleben und, nach einer Zeit lethargischen Ausruhens, von neuem politisch tätig sein wollen. Aufgabe aller Antifascisten und Sozialisten ist, diese Leute als Plattform zu benützen. Ihre Unzufriedenheit muß gesteigert werden, bis sie eines Tages den Mut finden, alles offen herauszusagen. Sind sie soweit, dann können wir mit ihnen rechnen, und der Tag unserer Abrechnung ist nicht mehr fern.

U b R e c h n e r.